

3. Rüstungskonversion und Alternative Produktion als betriebliche und politische Strategie

3.1. Zur Notwendigkeit der Rüstungskonversion

Mitte der 80er Jahre artikuliert sich kaum noch Widerspruch, wenn man im Hinblick auf die weltpolitische Lage einen zentralen Gegensatz betont: den zwischen der höchsten Entwicklung der Ökonomie und des technologischen Wissens und Könnens in der Menschheitsgeschichte einerseits und der größten Bedrohung allen Lebens durch Kriegsgefahr und Umweltzerstörung andererseits. Während weltweit nach Angaben der internationalen Brandt-Kommission 800 Millionen Menschen in absoluter Armut leben (Brandt 1980, 66 ff), jährlich über 10 Millionen Menschen verhungern und allein in den Industrienationen 20 Millionen ohne Arbeit sind, meldet das Londoner Institut für Strategische Studien für 1983 Rüstungsausgaben in Rekordhöhe von 800 Mrd. Dollar (FR vom 30.9.1983) entsprechend 2,1 Billionen DM oder dem achtfachen des Bundesetats.

Es ist kein Wunder, daß Sozialforscher neben einer Ablehnung der Stationierung neuer amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik durch zwei Drittel der Bürger (FR vom 15.10.1983) auch einen tiefergehenden Wertewandel ausmachen: Eine 1982 in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik durchgeführte Studie kam zu dem Ergebnis, daß „Verteidigungsausgaben die Negativliste bei der Zahlungsbereitschaft der Bürger an(führen). Hier soll am meisten gespart werden ... Völlig anders schneiden bei der Untersuchung Umweltschutz und neue Energietechnologien ab. Wie die Umfrage ergab, wollen die Bürger der Bundesrepublik wesentlich mehr Steuergeld als bisher für diese Bereiche ausgeben“ (FR vom 26.9.1983).

Die Notwendigkeit eines Umbaus der Rüstungsausgaben und der Rüstungskonversion zugunsten einer alternativen und sozial nützlichen Produktion wurde auch von zwei prominent besetzten internationalen Kommissionen betont und ansatzweise konkretisiert.

So forderte die Palme-Kommission für Abrüstung und Sicherheit unter Beteiligung eines ehemaligen Außenministers der USA: „Nach Meinung der Kommission kann nicht akzeptiert werden, daß

ein erheblicher Teil des wissenschaftlichen Potentials der Welt für immer ausgeklügeltere Formen der Zerstörung verwendet wird, während unsere Länder die Forschung dringend zur Vorbeugung und Heilung von Krankheiten, zur Entwicklung neuer Formen der Nahrungsmittelproduktion, zur Linderung der Probleme alter Menschen und zum Schutz der Umwelt benötigen ... Eine Senkung der Rüstungsausgaben würde Mittel zur Verringerung der Armut und Steigerung des gesellschaftlichen Wohlergehens selbst in den reichsten Militärmächten freimachen. Sie sollte ebenso Mittel für Entwicklung zur Verfügung stellen ... Ein einziges modernes Kampfflugzeug kostet so viel wie die Impfung von 3 Mio. Kindern gegen die wichtigsten Kinderkrankheiten. Der Preis für ein raketenbestücktes Unterseeboot entspricht dem Gegenwert von 100.000 Arbeitsjahren im Dienst der Altenpflege“ (Palme 1982, 191, 190, 88).

Die von Willy Brandt geleitete Nord-Süd-Kommission benannte vier Beispiele für die Möglichkeit der Umlenkung von Rüstungsausgaben in Entwicklungsprojekte:

1) „Die Militärausgaben allein eines halben Tages würden ausreichen, um das gesamte Programm der Weltgesundheitsorganisation zur Ausrottung der Malaria zu finanzieren. Noch weniger würde benötigt, um die Flußblindheit zu besiegen, die immer noch eine Geißel für Millionen Menschen darstellt.

2) Ein moderner Panzer kostet etwa 1 Mio. Dollar. Mit diesem Geld könnte man die Lagermöglichkeiten von 100.000 t Reis so verbessern, daß der Verderb von jährlich 4.000 t oder mehr ausgeschaltet würde (ein Mensch kann mit gut 1 Pfd. Reis leben). Mit dem selben Geld könnte man auch 1.000 Klassenräume für 30.000 Schulkinder errichten.

3) Für den Preis nur eines Kampfflugzeuges (20 Mio. Dollar) könnte man etwa 40.000 Dorfapotheken errichten.

4) Mit der Hälfte von 1 % der jährlichen Rüstungsausgaben könnte man all die landwirtschaftlichen Geräte anschaffen, die erforderlich sind, um in den ärmsten Ländern mit Nahrungsmitteldefizit die Agrarproduktion bis 1990 zu verbessern und sogar die Selbstversorgung zu erreichen“ (Brandt 1980, 20/21).

Für die Industrieländer wird von der Kommission allerdings gesehen, daß es nicht um eine völlige Umverteilung der in die Rüstungs-

produktion fließenden Gelder z.B. in den Sozialbereich oder die Entwicklungshilfe gehen kann. Vielmehr kommt es darauf an, die vorhandenen Produktionsanlagen und menschlichen Fähigkeiten, die jetzt in der Rüstungsindustrie gebunden sind, zur Herstellung von sozial nützlichen Produkten einzusetzen und damit die Arbeitsplätze zu erhalten. Die Brandt-Kommission:

„Zahlreiche Studien haben gezeigt, daß ein beträchtlicher Teil des Kapitals und der Arbeitskräfte, die gegenwärtig in der Waffenproduktion und zu andern militärischen Zwecken eingesetzt werden, ebenso gut zur Herstellung solcher Güter, Anlagen und Dienstleistungen beitragen könnten, die friedlichen Zwecken dienen. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel ... Vom Standpunkt der Weltentwicklung aus gesehen besteht für die Industrieländer die fundamentale Notwendigkeit, sich auf eine hochtechnologische friedliche Produktion umzustellen, die jene qualifizierten Fachkräfte beschäftigt, welche derzeit in der Rüstungsindustrie tätig sind“ (Brandt 1980, 157).

Nicht nur „weltpolitische“ Überlegungen von professionellen Politikern und Wissenschaftlern, sondern viele Basisbewegungen „einfacher Leute“ in den Industrienationen haben die Notwendigkeit der Rüstungs-, Technologie- und Produktkonversion erkannt. Eine der ersten und bekanntesten Belegschaftsinitiativen für eine alternative Produktion wurde im britischen Luftfahrtkonzern Lucas Aerospace aktiv (vgl. Cooley 1982, Wainwright 1982); der Sprecher der Gewerkschafter, Mike Cooley, begründete die Entwicklung von betrieblichen Alternativplänen aus den Problemen der hochentwickelten Nationen selbst. Er verwies auf:

- 1) „die erschreckende Lücke zwischen dem, was die Technologie für die Gesellschaft leisten könnte und dem, was sie tatsächlich leistet“. Es wird zwar ein superschnelles Flugzeug wie die Concorde gebaut, aber es fehlen einfache Heizsysteme: in London sind z.B. 1975/1976 980 Menschen erfroren.
- 2) „die tragische Verschwendung“ der Gesellschaft an „Geschicklichkeit, Einfallsreichtum, Energie, Kreativität und Enthusiasmus ihrer gewöhnlichen Leute“. Ein Millionenheer von Arbeitslosen kann seine Fähigkeiten nicht nutzen, während zugleich z.B. Fernheizsysteme, Wohnungen und Transportmittel fehlen.
- 3) den Irrtum, „daß Computerisierung, Automation und Roboter den

Menschen automatisch von geisttötender, kreuzbrechender Arbeit befreien und ihm erlauben werden, sich kreativer Tätigkeit zu widmen“ (Cooley 1980, 182 f).

Es waren aber nicht allgemeine Erkenntnisse, sondern konkrete Auseinandersetzungen und Lernprozesse, die zu der Entwicklung von Umstellungsplänen durch die Belegschaften führten. Der Widerstand der Beschäftigten gegen Rationalisierungen, Entlassungen und Werk-schließungen stieß an die Grenzen nur defensiver Abwehrstrategien, in deren Rahmen auch Betriebsbesetzungen zu sehen sind. Mike Cooley: „Wir sahen ein, daß die Kampfmoral eines Beschäftigten sehr schnell abnimmt, wenn er bemerkt, daß die Gesellschaft, aus welchen Gründen auch immer, die Produkte, die er macht, nicht haben will. Wir dachten uns deshalb eine Kampagne für das Recht aus, an gesellschaftlich nützlichen Produkten zu arbeiten“ (Cooley 1980, 195).

Diskussionsansätze einer Alternativen Produktion gibt es bei unterschiedlichen sozialen Bewegungen als Antwort auf eine Vielzahl gesellschaftlicher Probleme. Spätestens bei der Frage nach positiven Produkt-Alternativen wird deutlich, daß die Diskussion um die Rüstungskonversion eine Erweiterung auf das Feld der Technologie- und Produktkonversion hin erhalten hat: die gesellschaftliche Produktion soll zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen und die politischen Gestaltungsprinzipien haben ihre Wurzel nicht nur in der Rüstungs-Kritik, sondern u.a. in der Vollbeschäftigungs-, Umwelt-, Technologie- und Humanisierungspolitik sowie generell in der Diskussion unter dem Stichwort „Die Zukunft der Arbeit“ in den Industriegesellschaften.

3.2 Alternative Produktion und betriebliche Umstellungen sind möglich und notwendig

Die technische Möglichkeit der Umstellung von militärischer auf zivile Produktion wird durch nichts besser belegt als durch historische Beispiele, auch wenn diese häufiger in die falsche Richtung erfolgt sind. Wenn sich ein Unternehmen innerhalb kurzer Zeit vom Lokomotivbau auf den Panzerbau umstellen kann, so ist nicht einzusehen, warum dieser Prozeß nicht umzukehren sein sollte. Der Umbau der Pro-

duktion, die Herstellung sozial nützlicher anstelle militärischer Güter, ist in der Geschichte schon mehrfach dank des enormen Engagements der Belegschaften vollzogen worden, und zwar meist als Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen oder Notsituationen (Bouwer 1981).

In Amerika wurden nach dem zweiten Weltkrieg die Rüstungsausgaben von 80 auf 14 Mrd. Dollar gekürzt und 18 Mio. Menschen aus den Streitkräften und der Rüstungsindustrie entlassen — trotzdem gab es 1947 lediglich 2 Mio. Arbeitslose. In Deutschland ist es dem Demobilisierungsamt nach dem 1. Weltkrieg gelungen, einen Großteil der 40.000 an der Rüstungsproduktion beteiligten Betriebe zur Herstellung ziviler Güter zu bewegen, u.a. mit Hilfe der Vergabe von Großaufträgen durch die Reichsbahn. Die ehemalige kaiserliche Torpedowerkstatt Friedrichsort, heute in die Krupp MAK Kiel eingegangen, baute u.a. Dieselmotoren und Diesellokomotiven anstelle von Kampfschiffen und Waffen, und bei Krupp wurden statt Panzerplatten und Granaten nun Bagger, Müllwagen, Lokomotiven und Spinnmaschinen hergestellt. Nach dem zweiten Weltkrieg ist es den Belegschaften häufig gelungen, durch eine schnelle Umstellung auf zivile Produktion die drohende Demontage zu vermeiden. Das während des Krieges wieder ausschließlich mit der Rüstungsproduktion beschäftigte Werk in Friedrichsort stellte sich erneut um und baute u.a. Diesellokomotiven, Dieselmotoren, Traktoren, Getriebe und Winden. Diese Beispiele aus Phasen des Wiederaufbaus werden sich unter heutigen Bedingungen zwar kaum wiederholen, belegen aber die technologischen Möglichkeiten der Umstellung von militärischer auf zivile Produktion.

Bei Krupp in Kiel spielt inzwischen der Panzerbau wieder die entscheidende Rolle, und nur die Initiative der Belegschaft und des Arbeitskreises Alternative Fertigung konnte den geplanten völligen Ausstieg aus dem Lokomotivbau bremsen. Bei VFW in Bremen waren es Ingenieure, die nach dem Abbruch der Arbeiten am Senkrechtstarter VAK 191 relativ luftfahrtferne Produktlinien aufgebaut haben, wie z.B. die Herstellung von Schiffssimulatoren. Tatsächlich gibt es kaum Produkte, die ein Luftfahrtkonzern wie Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) nicht entwickeln und produzieren könnte. So erklärte Sepp Hort von der MBB-Geschäftsführung: „Wir leben von 20 großen Projekten, haben 200 veröffentlicht und verfügen über 1.700 weitere Arbeitstitel“ (Manager-Magazin 1/82). Die umfangreiche Pro-

duktpalette reicht von Solar- und Windkraftwerken über medizinische Geräte bis zu Magnetbahnsystemen — von der Bundesregierung werden aber fast ausschließlich militärische Aufträge erteilt. Was spricht denn dagegen, eine zivile Version des ferngesteuerten Unterwasser-Minensuchgeräts „Pinguin“ zu bauen, die z.B. zur Rohstoff- und Nahrungsmittelgewinnung aus dem Meer eingesetzt werden könnte? Warum werden denn auf den Werften nicht anstelle von Fregatten noch mehr Fernheizsysteme und Recyclinganlagen, Meerwasserentsalzungsanlagen und Forschungsschiffe hergestellt?

Es geht um politische Prioritäten-Entscheidungen und nicht um militärische oder technologische Sachzwänge. Das in der Bundesrepublik vorhandene Know how z.B. in den Bereichen Energie- und Verkehrstechnologie reicht aus, um die Rohstoffreserven nahezu vollständig zu schonen, Risiken zu vermeiden und eine sinnvolle Beschäftigung zu schaffen. Der Bau z.B. von Heizkraftwerken und Fernwärmenetzen wäre nicht nur erheblich risikoloser, sondern auch wesentlich arbeitsintensiver als der Bau von Atomkraftwerken. Anstelle von Panzern könnten z.B. Lokomotiven, Traktoren, Bulldozer, Schneepflüge, Raupen, Industriefahrzeuge, Werkzeugmaschinen und Notarztwagen produziert werden.

In der BRD stellt sich die Aufgabe, neben den ca. 2,5 Mio. Arbeitslosen die ca. 250.000 Rüstungsbeschäftigten und 670.000 Bundeswehrangehörigen schrittweise mit gesellschaftlich sinnvollen Aufgaben zu beschäftigen. Spätestens an dieser Stelle wird klar, daß nicht nur ökonomische und politische Krisen einerseits sowie Aufrüstung und Kriege andererseits im Zusammenhang zu begreifen sind, sondern daß auch konsequente Friedenspolitik nur im Rahmen einer beschäftigungssichernden Wirtschaftspolitik möglich ist. Bei der Auflösung der zentralen Widersprüche unserer Zeit schließt sich der Kreis: Die Sicherung des Friedens und der wirtschaftlichen Existenz der Menschen erfordert eine andere Produktion und Verteilung, erfordert vor allem öffentliche Investitionen in sozialen Bedarfsfeldern. Die Verringerung und der Umbau der Rüstungsausgaben hätten positive Effekte: Für eine Milliarde Dollar werden in der Rüstungsindustrie ca. 75.000 Arbeitsplätze geschaffen, z.B. in der Bauindustrie aber 100.000 — und dazu gäbe es noch dringend benötigten Wohnraum anstelle von Waffen.

Durch eine Milliarde Dollar zusätzliche Nachfrage könnte nach dem Büro für Arbeitsstatistik in den USA folgende Anzahl an Arbeitsplätzen geschaffen werden (s. Tabelle 6)

Tab. 6

<i>In der Rüstungsindustrie</i>	75.710	
<i>Im privaten Verbrauch</i>	112.363	(+ 48,3 %)
<i>Im Bausektor</i>	100.072	(+ 32,2 %)
<i>Im Transportwesen</i>	92.071	(+ 21,6 %)
<i>Im Maschinenbau</i>	86.114	(+ 13,7 %)
<i>Im Gesundheitswesen</i>	138.939	(+ 83,5 %)
<i>Im Erziehungswesen</i>	187.299	(+ 147,4 %)
<i>In der staatlichen Verwaltung</i>	86.977	(+ 14,9 %)

Selbst das konservative Springerblatt „Die Welt“ mußte angesichts der amerikanischen Aufrüstungspläne auf den volkswirtschaftlichen Unsinn einer solchen Politik hinweisen; Balkenüberschrift: „Der Rüstungsboom belastet die Privatwirtschaft“ (Die Welt, 10.6.81). Die Durchsetzung einer Politik der Rüstungskonversion wird nur gegen mächtige Kapitalinteressen möglich sein.

3.3 Rüstungsbeschäftigte für Alternative Produktion

In der Bundesrepublik gibt es inzwischen über 15 betriebliche Initiativen, die sich aus unterschiedlichen Gründen — meist unter dem Druck von anstehenden Entlassungen oder Betriebsstillegungen — für die Umstellung der Produktion auf sozial nützliche Güter einsetzen (Einemann/Lübbing 1983). Dabei wird u.a. an folgenden Produktideen gearbeitet: Solar- und Windenergieanlage, Kraft-Wärme-Kopplungsanlage, Block-Heizkraftwerk, Energiespeicheranlage, Biogasanlage, Meerwasserentsalzungsanlage mit Sonnenkollektorbetrieb, Recyclinganlage und Klärschlammabeseitigungsverfahren, Systeme für den öffentlichen Nahverkehr, Rufbussystem, Verladesystem für die Bundesbahn, zahnmedizinische Geräte, Luftschiff und behindertengerechte Geräte.

Die beiden bekanntesten Arbeitskreise der IG-Metall-Vertrauensleute kämpfen in den großen Rüstungsbetrieben (bei der

Werft Blohm & Voss in Hamburg und dem Flugzeugbauer MBB in Bremen) für die Herstellung ziviler anstelle militärischer Produkte. Bei MBB in Bremen (zu Blohm & Voss vgl. Schmors 1982, Schütt 1982) wurden die betrieblichen und gesellschaftspolitischen Probleme von den Gewerkschaftern besonders intensiv im Rahmen einer langjährigen betriebsnahen Bildungsarbeit gemeinsam mit Wissenschaftlern aus dem Kooperationsbereich zwischen Universität und Arbeiterkammer diskutiert.

Die Konzentration der Arbeitskreise im norddeutschen Raum liegt auch an der Zusammenballung der Rüstungsindustrie in dieser Region. Allein in Bremen arbeiten ca. 5.000 Arbeitnehmer in der Rüstungsproduktion. Bei Blohm & Voss Hamburg sind von ca. 6.000 Beschäftigten 50 Prozent im Bereich Rüstung (Fregattenbau, Leopard II u.ä.) tätig, womit 70 Prozent des Umsatzes erzielt werden. In Bremen werden bei MBB in erster Linie der MRCA Tornado und andere Militärentwicklungen (Kleinflugkörper/Marinetechnik) hergestellt; von den ca. 4.600 Beschäftigten arbeiten ca. 50 Prozent an Rüstungsprojekten.

Vor allem aber ist die Arbeitslosigkeit im nordwestdeutschen Raum überdurchschnittlich hoch. Die Werften befinden sich in einer Strukturkrise: in den Jahren von 1975 bis 1981 wurden fast 30 Prozent aller Beschäftigten im Schiffbau entlassen und in Bremen lag die Quote noch höher. In der Luft- und Raumfahrtindustrie stehen u.a. durch das Auslaufen des MRCA-Tornados am Ende der achtziger Jahre Massentlassungen in der Produktion an, die Entwicklungsingenieure sind zur Zeit bereits ohne Arbeit. Im Airbus-Programm wird u.a. auf Geheiß der Bundesregierung stark rationalisiert: „Insbesondere sind die im größeren Unternehmensverbund MBB/VFW gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten unverzüglich, konsequent und voll auszunutzen, um eine wirtschaftlich und international wettbewerbsfähige Unternehmensstruktur zu erzielen“ (Bericht zur Luft- und Raumfahrtindustrie). MBB will bis 1987 die Belegschaft um 20 Prozent verringern, d.h. von ca. 38.000 auf 31.000.

Angesichts einer Arbeitslosenquote von zum Teil weit über 10 Prozent ist die Chance, nach einer Entlassung neue Arbeit zu finden, gering. Für die Beschäftigten heißt das, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Ein weiteres Schlüsselerlebnis, das zur Gründung der Arbeitskrei-

se geführt hat, war für alle aktiven Kollegen der Streik der HDW-Arbeiter in Kiel für den Bau der U-Boote für Chile. In diesen Zugzwang möchten die Gewerkschafter nicht kommen: „Da wollen wir nicht in die Situation kommen, daß wir nach zusätzlicher Rüstungsproduktion schreien müssen“, so der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Hettling von MBB Bremen.

3.3.1 Betriebsnahe Bildungsarbeit, Belegschaftsinitiativen, Betroffenenforschung: Das Beispiel MBB Bremen

Die kontinuierliche betriebsnahe Bildungsarbeit bei MBB in Bremen begann Ende 1981 und hat nach einem Bildungsurlaubsseminar unter Beteiligung der Betriebsrats-Spitze im Februar 1982 zur Gründung eines betrieblichen Arbeitskreises „Alternative Fertigung“ der IG Metall-Vertrauensleute geführt. Der im Betrieb und im Konzern anstehende Arbeitsplatzabbau, die fortschreitende Rationalisierung und das gewerkschaftliche Interesse an einer Produktion nicht-militärischer Güter waren zentrale Motive für die Herausbildung der Belegschaftsinitiative zur Sicherung der Arbeitsplätze durch die Herstellung sozial nützlicher Produkte. Die ebenfalls in einem Luftfahrtkonzern aktive englische Initiative bei Lucas Aerospace hatte dabei eine gewisse „Vorbildfunktion“: ihre Erfahrungen wurden in der Seminararbeit auch mit Hilfe von Videocassetten aufgearbeitet und der Sprecher der englischen Kollegen, Mike Cooley, stand den Bremer Metallern für mehrere längere Diskussionen zur Verfügung. Das erste halbe Jahr wurde neben der Öffentlichkeitsarbeit im Betrieb (Flugblätter, Reden auf Betriebsversammlungen) und in der Stadt (Pressekonferenzen von Betriebsrat und IG Metall) zur Diskussion und Verabschiedung einer Grundsatzerklärung des Arbeitskreises genutzt. Parallel dazu begannen Mitte 1982 kleinere Arbeitsgruppen mit der Erarbeitung konkreter Produkt-Alternativen auf den Feldern Energietechnologie, Verkehrstechnologie und medizinische Geräte. Die Vorbereitung der Formulierung einer konsensfähigen Grundsatzerklärung und einer Belegschaftsbefragung erfolgte in Wochenendseminaren. Ziel der Befragung sollte sein, sowohl einen Überblick über die Krisen- und Rationalisierungsbetroffenheit der Kollegen zu bekommen als auch die Phantasie der Beschäftigten im Hinblick auf eine mögliche Alternative Produktion zu aktivieren. Der Fragebogen wurde von Arbeits-

kreismitgliedern und unserem Projekt gemeinsam erarbeitet, von den Vertrauensleuten der IG Metall im Betrieb verteilt und wieder eingesammelt. Die erste Auswertung erfolgte in einem Wochenseminar Anfang 1983; die Ergebnisse wurden vom Betriebsrat veröffentlicht und unter den Vertrauensleuten, im Arbeitskreis und mit der Belegschaft diskutiert. Ein wichtiger Effekt der Befragung bestand in der „indirekten“ Aktivierung der Belegschaft, die mit dem Ausfüllen des Fragebogens und bei der Diskussion der Ergebnisse zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit den betrieblichen Problemen und möglichen gewerkschaftlichen Alternativen angeregt wurde.

Kurzfassung der Ergebnisse der Belegschaftsbefragung

- Insgesamt haben 400 Kolleginnen und Kollegen ihre Fragebögen ausgefüllt zurückgegeben (von 3.600). Die Befragung bekommt eine große Bedeutung durch eindeutige Ergebnisse und die Äußerung der unterschiedlichen Gruppen im Betrieb. Von den Antworten kommen:
 - 46 % aus der Produktion, 32 % aus der Entwicklung und 22 % aus der Verwaltung
 - 46 % von Arbeitern, 32 % von technischen Angestellten und 22 % von kaufm. Angestellten
 - 69 % von Mitgliedern der IG Metall, 29 % von Unorganisierten und 2 % von Mitgliedern der DAG
- Die Kollegen sehen die Beschäftigungsprobleme sehr deutlich. Die Krise bei MBB und die schlechte gesamtwirtschaftliche Situation werden von der überwiegenden Mehrheit auch als persönliche Gefährdung begriffen. Nur wenige Kollegen sind ausgesprochen optimistisch:
 - nur 2,5 % meinen, daß es bei MBB im Grunde keine Probleme gibt
 - nur 3,5 % halten ihren Arbeitsplatz für ziemlich sicher
 - nur 3,2 % glauben, nach ihrem Ausscheiden aus dem Betrieb schnell wieder eine neue Arbeit zu bekommen.
- Demgegenüber stehen Äußerungen der großen Mehrheit, die auf die große Bedrohung hinweisen:
 - 90 % sehen eine ernste Krise bei MBB
 - 96 % halten ihren Arbeitsplatz im Betrieb nicht mehr für sicher (38 % halten ihn sogar für direkt gefährdet)
 - 62 % meinen, daß sie nach einem Ausscheiden bei MBB mit einer längeren Arbeitslosigkeit rechnen müssen.Diese Zahlen machen deutlich, daß es keine Alternativen zu dem Kampf um jeden Arbeitsplatz bei MBB gibt.
- Die meisten Kollegen haben eine Verschlechterung ihrer Arbeitssituation als Folge von Rationalisierungen zu beklagen (insgesamt 70 %).

Im einzelnen werden genannt von:

- 44 % insgesamt höhere Belastungen
- 41 % mehr Arbeitshetze
- 31 % verminderte Aufstiegsmöglichkeiten
- 28 % weniger Spielräume in der Arbeit
- 18 % Qualifikationsverluste
- 15 % stärkere Isolation von den Kollegen
- 12 % Versetzung
- 11 % Lohn- und Gehaltsabbau
- 1 % Schichtarbeit

50 % der Arbeiter verweisen auf die gestiegene Arbeitshetze und 28 % der Facharbeiter geben Qualifikationsverluste an. Eine Verschlechterung des Lohn-Leistungs-Verhältnisses und verringerte Möglichkeiten zur Selbstbestimmung in der Arbeit sind das eindeutige Ergebnis der Befragung.

- Die Beschäftigten des Rüstungsbetriebes MBB würden lieber heute als morgen sozial nützliche Güter statt Kampfbomber herstellen.
 - 64 % würden sich für zivile Produkte entscheiden
 - 34 % erklären, das Produkt sei ihnen letztlich egal; einige Befragte verweisen aber ausdrücklich darauf, daß es ihnen leider egal sein muß, weil sonst andere die Aufträge bekommen und ihnen Arbeitslosigkeit droht
 - nur 2 % arbeiten lieber an militärischen Projekten, weil sie glauben, daß ihre Arbeitsplätze dadurch sicherer sind.
- Daß der Arbeitskreis Alternative Fertigung der IG Metall-Vertrauensleute sozial nützliche Produktvorschläge zur Arbeitsplatzsicherung machen will, wird von den Befragten einhellig begrüßt.
 - 93 % beurteilen den Arbeitskreis positiv
 - 82 % erklären sich zu seiner Unterstützung bereit und
 - 50 % haben ihre Bereitschaft zur Mitarbeit bekundet.
- Von 31 Kolleginnen und Kollegen wurden insgesamt 74 Produktvorschläge gemacht, davon 47 unterschiedliche (Abgasfilter, Solar- und Windenergieanlagen wurden z.B. mehrfach erwähnt). Mit den schon im Arbeitskreis diskutierten Ideen liegen jetzt 62 Projekttitle vor, und zwar aus den Bereichen Verkehrstechnologie (20), Energietechnologie (12), Umweltschutztechnologie (8), zivile Luftfahrt (6), Meerestechnologie (8), Medizintechnik (4) und Sonstiges (4).

Bei den Sitzungen des Arbeitskreises und der Arbeitsgruppen waren bisher 110 Mitarbeiter aus dem Werk anwesend, wobei allerdings nur 50 bis 60 Kolleginnen und Kollegen intensiver in die Arbeitskreisarbeit einbezogen sind. Der „harte Kern“ des Arbeitskreises besteht aus ca. 20 bis 30 Kolleginnen und Kollegen; die Koordination der Arbeit übernimmt ein Organisationskreis von fünf Aktivisten. Es sind nur sehr wenige Betriebsräte und Mitglieder der Vertrauenskörperleitung

aktiv, nicht zuletzt, weil die „normale Gewerkschaftsarbeit“ im Betrieb in den letzten Jahren ja nicht weniger aufwendig geworden ist. Man kann sagen, daß der Arbeitskreis eine Aktivierungsmöglichkeit für Vertrauensleute und interessierte Kolleginnen und Kollegen geschaffen hat.

Da die Gründung des Arbeitskreises mit einer erheblichen Vergrößerung der Friedensbewegung und einer Zunahme der Diskussion von Abrüstungsproblemen zusammenfiel, gab es eine Vielzahl von Referentenanforderungen an den Arbeitskreis. Nahezu 20 Kolleginnen und Kollegen haben Vorträge auf vielen Veranstaltungen von Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Universitäten, Friedensgruppen und anderen Initiativen gehalten und für Interviews von Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie universitären Forschungsprojekten zur Verfügung gestanden.

Der Unterstützung der Mobilisierungsarbeit in Betrieb und Öffentlichkeit dienten ein in einem Wochenendseminar vorbereiteter Auftritt einer Songgruppe der Kollegen auf einer Betriebsversammlung, die Arbeiten an Modellen möglicher ziviler Produkte und — in Kooperation mit der Bremer Initiative „Arbeiterfotografie“ — die Herstellung einer Ausstellung zum Unternehmen, zur Konzernpolitik und den Alternativen des gewerkschaftlichen Arbeitskreises. Neben diesen Beiträgen zur Entwicklung der politischen Kultur von der Basis aus hat eine Arbeitsgruppe alle Werkszeitungen der letzten zehn Jahre ausgewertet und über achtzig Produktentwicklungen entdeckt, die im Rahmen einer Ausweitung der zivilen Produktion eine große Rolle spielen könnten. Mit der Produktdiskussion war eine Vielzahl von Kontakten zu anderen Initiativen, gewerkschaftlichen Gruppen und Institutionen verbunden, so z.B. zu Ärzten, Kollegen in der Behindertenwerkstatt des Reichsbundes, Stadtteilinitiativen, Behörden und Hochschullehrern der Universität. Bisher ist in Zusammenarbeit mit einem Bremer Kieferchirurgen an einem Kieferröntgengerät und einer automatischen Zahnarztstuhl-Beleuchtungsanlage gearbeitet worden. Im Moment wird intensiv an der Konzeption eines Luftschiffes und einer LKW-Fracht-Verladestation für die Bundesbahn gearbeitet. Außerdem gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen und Konzepten auf dem Energiesektor, die von Wind- und Solaranlagen bis hin zu Energiespeicherungssystemen und Energietransportsystemen reichen. Aus der Über-

legung heraus, die energietechnologischen Vorschläge konkret an die Bedürfnisse der Bremer Region anzupassen, wird derzeit über ein regionales Energiekonzept für Bremen nachgedacht. Dazu wurde ein Vertreter des Senators für das Bauwesen in den Arbeitskreis eingeladen und im Frühjahr 1984 von unserem Projekt eine Tagung zum Thema 'Arbeitsplätze durch regionale Energieversorgungssysteme' (Einemann/Lübbing 1984b) durchgeführt. Inzwischen wird auch über die Entwicklung eines regionalen Verkehrskonzeptes diskutiert.

Nicht nur die Verbindung von betrieblichen Überlegungen zur Arbeitsplatzsicherung und alternativen regionalen Versorgungskonzepten verweist auf den Zusammenhang von „Alternativer Produktion“ und notwendigen politischen Veränderungen. Auch die Beeinflussung der gewerkschaftsinternen Diskussion erfordert von den Kolleginnen und Kollegen des Arbeitskreises immer wieder politische Positionsbestimmungen, wie sie 1983 im Rahmen eines Bildungsurlaubsseminars als Antrag an den Gewerkschaftstag der IG Metall formuliert (und dort vertreten, aber leider nicht durchgesetzt) worden sind.

Eine inhaltliche Positionsbestimmung:

Der Antrag an den Gewerkschaftstag der IG Metall 1983

„Die sich verschärfende Wirtschaftskrise und die zunehmende Aufrüstung erfordern eine Vielzahl von gewerkschaftlichen Aktivitäten auf den unterschiedlichen Ebenen.

— Vor allem durch umfassende Beschäftigungsprogramme und einschneidende Arbeitszeitverkürzungen muß die immer stärker ansteigende Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden.

— Die weltweite Hochrüstung erfordert reale Schritte zur Abrüstung.

Rüstung verschlingt große Mengen wertvoller Rohstoffe, Energien und andere materielle Reserven und menschliche Fähigkeiten, die der friedlichen Nutzung entzogen werden.

Im Rüstungssektor gibt es keine Garantie für dauerhaft gesicherte Arbeitsplätze

— z.B. durch das Auslaufen von Programmen, plötzliche Lieferstopps, Rationalisierungen. Darüber hinaus ist erwiesen, daß sich mit gleichem Mitteleinsatz im zivilen Bereich mehr Arbeitsplätze schaffen lassen als im militärischen.

Die notwendigen Abrüstungsschritte und die Begrenzung der Rüstungsabhängigkeit der Betriebe darf nicht zu Lasten der dort Beschäftigten gehen.

Die schrittweise Umstellung von militärischer auf zivile Produktion ist für die Belegschaften kein Problem. Es kommt darauf an, auf der Basis der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten sozial nützliche Güter herzustellen, ohne daß es für die Beschäftigten zu Nachteilen — wie Dequalifizierung, Lohnabbau oder Arbeitsplatzverlust — kommt.

Die IG Metall begrüßt und unterstützt die Bildung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeitskreisen zur alternativen Fertigung. Das gilt besonders für die Rüstungsbetriebe. Konkrete Produktvorschläge der Arbeitskreise und Belegschaften verstärken den Druck auf die verantwortlichen Politiker und Unternehmensleitungen zur Umstellung der Produktion. Darüber hinaus haben diese Arbeitskreise eine wichtige Bedeutung für die Stärkung des gewerkschaftlichen Denkens in den Betrieben.

Es gibt in den Industrie- und Entwicklungsländern nach wie vor einen großen Bedarf an sozial nützlichen Produkten. Notwendig sind Investitionen in den schon im Rahmen der gewerkschaftlichen Beschäftigungsprogramme erwähnten Bereichen — wie z.B. Umweltschutz, öffentlicher Nahverkehr, Energietechnik, Wohnungs- und Städtebauprogramm, Humanisierung der Arbeitsbedingungen, Gesundheitswesen, Meerestechnik und angepasste Technologien für die Dritte Welt.

Die Finanzierung einer Alternativen Fertigung im Rahmen von betrieblichen Produktionsumstellungen und Beschäftigungsprogrammen soll aus frei werdenden Rüstungsmitteln und durch die stärkere Besteuerung des Kapitals und der Reichen erfolgen.

Die innerbetriebliche Durchsetzung sozial nützlicher Güter erfordert die volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei den Produkt- und Investitionsentscheidungen.

Aus den oben genannten Gründen leiten sich folgende Forderungen ab:

1. Es müssen unverzüglich konkrete gewerkschaftliche und politische Schritte eingeleitet werden, auf Unternehmen mit hohem Rüstungsanteil einzuwirken, sich langfristig unabhängig von Rüstungsaufträgen zu machen.
2. In den Rüstungsunternehmen sind von Arbeitnehmervertretungen und Arbeitgebern paritätisch besetzte Umstellungsausschüsse einzurichten, welche alle Möglichkeiten zur Umstellung auf alternative Produkte untersuchen und die Durchsetzung einleiten.
3. Innerhalb der IG Metall-Organisation sind beim Vorstand, bei den Bezirksleitungen und bei den Ortsverwaltungen Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ einzurichten, die eine beratende, betriebsübergreifend informierende und koordinierende Funktion haben.
4. IG Metall und DGB müssen ihren Einfluß geltend machen, daß auf Bundes- und Landesebene gemäß den Forderungen des IMB in Verbindung mit den Hochschulen Institute für alternative Fertigung eingerichtet werden. Sie sollen theoretische Grundlagen erarbeiten und die betrieblichen Arbeitskreise praktisch beraten.
5. Gemäß der Satzung der IG Metall § 2 sollte vordringlich die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie durchgesetzt werden.“

Vertreter des Arbeitskreises sind an den von der IG Metall organisierten Treffen der unterschiedlichen „Alternativ-Arbeitskreise“ auf der

lokalen Bremer Ebene und im Bezirk Hamburg beteiligt, die zur Konkretisierung und Verbreitung gewerkschaftlicher Zielvorstellungen beitragen.

3.3.2 Ergebnisse der regionalen Koordination

Die IG Metall versucht, die Arbeitskreise für eine Alternative Produktion z.B. im Bezirk Hamburg und auf der lokalen Bremer Ebene zu koordinieren. In Bremen hat es mehrere Treffen von Gewerkschaftern aus den MBB-Betrieben Bremen und Lemwerder, dem Rüstungsbetrieb Krupp-Atlas-Elektronik (KAE) und dem von der Belegschaft übernommenen kleinen Maschinenbaubetrieb Voith/A.N. gegeben. Bei aller Unterschiedlichkeit im Ansatz und im Grad der Betroffenheit lassen sich doch einige gemeinsame Grundpositionen der gewerkschaftlichen Arbeitskreise für eine Alternative Produktion skizzieren (hier auf der Basis der Bremer Erfahrungen).

Sicherung der Arbeitsplätze

Der Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze ist das zentrale Motiv für die Gründung der Arbeitskreise überhaupt. Hierin unterscheiden sich die Arbeitskreise für eine Alternative Fertigung in der Bundesrepublik in gar keiner Weise von dem der Kollegen bei Lucas Aerospace in England. Die Erfahrungen in Bremen zeigen genau wie in England, daß innerbetrieblich ein längerer Vorlauf nötig ist, wenn die Belegschaften und Gewerkschaften in Krisensituationen reale Alternativen vorschlagen wollen. Die Arbeitskreise, die kurz vor der Übernahme des Betriebes oder der Bildung einer Belegschaftskooperative stehen, sind zugleich in der schwierigsten Situation: Sie müssen in der Regel in relativ kurzer Zeit vermarktungsfähige Produkte anbieten. In Bremen kann man von einer „abgestuften“ Betroffenheit reden: Die Belegschafts-kooperative bei Voith/A.N. muß sehr schnell realisierbare Produktalternativen erarbeiten, weil das Werk sonst geschlossen wird; bei MBB gibt es Beschäftigungsprobleme, die sich mittelfristig verschärfen, womit aufgrund der gleichzeitigen politischen Bestimmtheit der Luftfahrtindustrie reale Chancen für die Durchsetzung von alternativen Produkten bestehen; bei Krupp Atlas Elektronik sind bestenfalls langfristige Beschäftigungsprobleme absehbar, so daß hier zwar die Grün-

derung des Arbeitskreises durch Arbeitsplatzprobleme ausgelöst wurde, seine Stabilisierung aber vor allem vom Willen zur Unterstützung von Kollegen in anderen Werken und von friedenspolitischen Motiven abhängt.

Frieden und Abrüstung

Friedenspolitische Überlegungen spielen zumindest bei den Arbeitskreisen in Rüstungsbetrieben eine wichtige Rolle. Die Arbeitskreise glauben nicht, daß ein sofortiger Ersatz der ganzen Rüstungsproduktion ihres Unternehmens möglich ist und sie sehen sich auch nicht in der Lage, Rüstungsaufträge abzulehnen. Sie können zwar ihren Willen nach der Produktion ziviler Güter und entsprechenden staatlichen Aufträgen begründen, sind aber angesichts der vorhandenen politischen Machtverhältnisse aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung nicht in der Lage, militärische Projekte abzulehnen. Einige Kollegen und auch Betriebsräte sind durchaus der Überzeugung, daß die bestehenden Arbeitskreise insofern zur Arbeitsplatzgefährdung beitragen, als sie die Vergabe von Rüstungsaufträgen in die entsprechenden Werke erschweren; meist gibt es auf Konzernebene eher eine Konkurrenz als eine Solidarität aller Betriebsräte — Kollegen und Betriebsräte aus andern Werken würden z.B. gerne die Bremer Rüstungsanteile zur zusätzlichen Arbeitsplatzsicherung in ihren Betrieben sehen.

Die Belegschaftsinitiative bei Voith/A.N. hat sich zwar im Gesellschaftervertrag ausdrücklich darauf festgelegt, keine Rüstungsaufträge zu übernehmen, hat aber zugleich signalisiert, bei Lohnaufträgen von Kleinteilen nicht übermäßig kritisch zu sein. Die harte Alternative zwischen der Übernahme oder der Ablehnung eines Rüstungsauftrages dürfte sich in der Praxis bei Voith/A.N. allerdings kaum stellen und ist bisher insofern kein Problem, als der Betrieb nicht in der Rüstungsproduktion engagiert ist.

Für viele der Kolleginnen und Kollegen, die sich in den Arbeitskreisen aktiv engagieren, ist die Friedensfrage allerdings eine zentrale — sie arbeiten z.B. in Friedensinitiativen mit und referieren auf Versammlungen der Friedensbewegung. Ihnen ist klar, daß eine wirkliche Beschäftigungssicherung und die Sicherung der Lebensbedingungen der Menschen nur möglich sind, wenn es zu einer einschneidenden Umstrukturierung der Rüstungsausgaben in zivile Bereiche kommt.

Management-Strategien und Mitbestimmung

Die Management-Strategien gegenüber den Arbeitskreisen für eine Alternative Fertigung sind sehr unterschiedlich — sie reichen von völliger Ablehnung (bei Krupp Atlas Elektronik und zuerst bei MBB) über das Aufgreifen der Diversifikations-Idee und den Versuch der Instrumentalisierung der Arbeitskreise als betriebliches Vorschlagswesen (aktuelle Strategie bei MBB) bis hin zur Duldung des langsamen Aufbaus einer Belegschaftskooperative wohl auch zur Vermeidung von kämpferischen Auseinandersetzungen und entsprechenden Presseschlagzeilen (wie bei Voith). Wenn es gelingt, in den Unternehmen und Konzernen gezielte und massiv geförderte Diversifikations-Strategien auszulösen, entsteht für die Arbeitskreise zunächst eine schwierige Situation: Das Management kann versuchen, den Kollegen einzureden, daß die Sicherung der Arbeitsplätze beim Vorstand des Unternehmens am besten aufgehoben sei. Das Management kann bewußt versuchen, gewinnträchtige Produktvorschläge der Arbeitskreise zu realisieren und andere nicht aufzugreifen. In dieser Situation kommt es für die Arbeitskreise darauf an, zu betonen, daß auch an zumindest kurzfristig nicht kostendeckenden Projekten gearbeitet werden muß, weil ein sozialer Bedarf für diese Produkte besteht. Zugleich sind politische Aktivitäten notwendig, die allein neue Märkte in Feldern schaffen können, in denen soziale Engpässe bestehen. Die Arbeitskreise müssen an einer volkswirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Betrachtungsweise festhalten, ausschließlich betriebswirtschaftliche Rentabilitätskalküle kritisieren und um erweiterte Mitbestimmungsrechte bei der Entscheidung über die Produktpalette, die Investitionen und die Arbeitsbedingungen kämpfen. Eine solche Mitbestimmungsstrategie auf der Ebene des Arbeitsplatzes, des Betriebs und des Konzerns bedarf allerdings einer gesamtwirtschaftlichen Ergänzung z.B. bei den staatlichen Investitionsprogrammen.

Produktideen und Versorgungskonzepte

Der konkreten Arbeit an Produktideen gehen in der Regel längere Diskussionen um die Zielsetzung, Perspektiven und politischen Rahmenbedingungen der Arbeitskreise voraus. Dieser politisch-strategische Hintergrund ist sowohl unter gewerkschaftspolitischen Gesichts-

punkten als auch für die Erfolgsaussichten der Arbeitskreise von zentraler Bedeutung. Die politische Diskussion ist aber auch ein Resultat der Diskussion von Produktvorschlägen: es geht eben nicht nur um neue Technologien und neue Produkte, sondern — unter dem Stichwort der sozialen Nützlichkeit — in der Regel zugleich um kommunale, regionale oder nationale Versorgungskonzepte z.B. auf dem Energiesektor. Man muß sagen, daß unter Humanisierungsaspekten über alternative technologische Lösungsmöglichkeiten für die Produktionsprozesse selbst bisher wenig nachgedacht worden ist; es gibt hierzu weder Arbeitsgruppen noch konkretisierte Vorstellungen in den Arbeitskreisen; lediglich aus England wird berichtet, daß sowohl computergestützte Konstruktionssysteme als auch numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen nach alternativen Konstruktionsprinzipien hergestellt worden sind. Das Thema „Alternativen zur herrschenden Technologiegestaltung“ bedarf dringend einer intensiven Bearbeitung.

Politische und regionale Alternativen

Resultat der Arbeitskreisaktivitäten ist das zunehmende Bewußtsein darüber, daß die Erfolgsbedingungen im Betrieb an politische Rahmenbedingungen gebunden sind. Erst staatliche Investitionsprogramme oder ein Wandel in der Energie- und Verkehrspolitik können die Absatzmärkte für die in den Betrieben entwickelten alternativen Technologien wesentlich ausweiten und zur Beschäftigungssicherung beitragen. Ein Einfluß auf die Management-Strategie ist nur dann möglich, wenn es Unternehmensanteile der öffentlichen Hand und erweiterte Mitbestimmungsrechte für eine solidarische Belegschaftsvertretung gibt. Zur Unterstützung der Arbeit bei der Produktsuche und der Erarbeitung von alternativen Versorgungskonzepten und Produktionsmethoden ist eine verstärkte Hilfe für die Arbeitskreise aus den Forschungs- und Hochschuleinrichtungen notwendig. Ein zentrales Instrument zur Stabilisierung einer Struktur sowohl zwischen den Arbeitskreisen in unterschiedlichen Betrieben als auch in die Hochschulen hinein könnte ein Institut für Alternative Produktion sein, in dem Sozial- und Naturwissenschaftler an Analyse-, Beratungs- und Vermittlungsaufgaben nach dem Vorbild des in London gegründeten CAITS (Institut für Alternative Produktion) arbeiten.

Auf Bundesebene besteht die Notwendigkeit des Umbaus des Rüstungsetats, wobei die freiwerdenden Mittel in den jetzigen Rüstungsbetrieben zur Herstellung sozial nützlicher Güter verwendet werden müssen. Die regionale und betriebliche Umsetzung von Beschäftigungsprogrammen sowie deren Koordination mit betrieblichen Vorschlägen könnten regionale Eigengesellschaften der öffentlichen Hand leisten, die als Instrument einer offensiven regionalen Strukturpolitik im Interesse der Arbeitnehmer zu konzipieren wären. Eine solche „Gesellschaft für Beschäftigung und Alternativprojekte“, die z.B. die Belegschaftskooperativen gezielt zu fördern hätte, unterscheidet sich grundlegend von den Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die im Prinzip auf marktwirtschaftliche Lösungen vertrauen und lediglich darauf zielen, die Rationalisierungstendenzen in den bestehenden Unternehmen unter dem Stichwort der Modernisierung der Volkswirtschaft mit staatlichen Mitteln zu subventionieren. Ein Versuch einer alternativen regionalen Wirtschaftspolitik wird zur Zeit in London unternommen, wo eine Eigengesellschaft der Stadt mit einem Jahresetat von 150 Millionen DM und siebzig Mitarbeitern ausgestattet ist und systematisch an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit arbeitet (vgl. Einemann/Lübbing 1984a)

Aufgrund der Größe der bestehenden Beschäftigungsprobleme (unter Einbeziehung der „stillen Reserve“ wird sich die Arbeitslosigkeit bald der 4-Millionen-Grenze nähern) muß der Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit stehen — die Überlegungen zugunsten einer Alternativen Produktion können durchaus mit denen zu einer sinnvollen Gestaltung der zukünftig freien Zeit (z.B. Aufbau von Stadtteilwerkstätten) in Verbindung gebracht werden.

Kein Grund zur Euphorie

Im Zusammenhang mit dem Beispiel Lucas Aerospace in England werden die betrieblichen Initiativen in der Bundesrepublik oft mit Hoffnungen und Euphorie überfrachtet. Bei diesen Diskussionen wird oft von *den* Arbeitern und *den* Belegschaften gesprochen, die alle Probleme lösen. Die Wirkung der Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ kann aber lediglich begrenzt sein, zumal sie im Moment nur von relativ

kleinen Gruppen getragen werden, deren politische Positionen zudem teilweise sehr unterschiedlich sind. Auch der fast 10jährige Kampf bei Lucas war von innergewerkschaftlichen Spannungen geprägt und es gab sogar Spaltungen des Komitees (vgl. Wellmann 1981, Wainwright 1982). Der Alternativplan von Lucas enthielt 150 Produkte, an deren Konzeption die Beschäftigten zum Teil beteiligt waren. Das Management hat sich bis heute geweigert, an der Entwicklung dieser Produkte arbeiten zu lassen und es sogar geschafft, den Sprecher der Vertrauensleute, Mike Cooley, zu entlassen.

Die Arbeitskreise sind für viele ein Hoffnungsträger für eine Umgestaltung der industriellen Produktion, die aber nicht kurzfristig realisiert werden kann. Die relativ breite Diskussion über die Arbeitsgruppen kann eine Modeerscheinung sein; man berichtet und diskutiert gerne etwas Neues und das besonders dann, wenn es um „Arbeiter“ geht. Bei aller Mobilisierung der Öffentlichkeit muß davon ausgegangen werden, daß die Arbeitskreise nur langfristige Wirkung erzielen können. Mit der täglichen Aufklärungsarbeit im Betrieb steht und fällt das Experiment, gesellschaftsverändernd zu wirken. Eine Stabilisierung der Arbeitskreise ist nur zu erwarten, wenn die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit eine koordinierende und unterstützende Rolle übernehmen, externe Beratung organisieren und engagiert für die Erarbeitung von gewerkschaftspolitischen Positionen kämpfen, die von den Aktivisten mit ihren sehr unterschiedlichen politischen Auffassungen gemeinsam getragen werden können.

3.4 Rüstungskonversion als gewerkschaftliche Strategie

Die Gewerkschaften haben sich auf ihren Gewerkschaftstagen immer zur Friedenspolitik und zur Abrüstung bekannt. Die Diskussion um Abrüstungspolitik und Arbeitsplatzsicherheit trifft insbesondere die IG Metall. In ihrem Organisationsbereich befinden sich ca. 90 Prozent der Betriebe, die Rüstungsgüter herstellen. Insofern ist klar, daß die Konflikte auch in dieser Gewerkschaft ausgetragen werden. Intern gab es 1976/77 Auseinandersetzungen mit dem „Arbeitskreis Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen“ um die Lockerung von Rüstungsexportbestimmungen. Dieser Arbeitskreis von Betriebsräten aus Rüs-

stungsunternehmen forderte, „wenn der Bund vorübergehend die Kapazitäten nicht auslasten kann, sollte der Bund aus seiner Fürsorgepflicht heraus die Hereinnahme von Füllaufträgen aus Nichtspannungsgebieten zulassen, wobei der Begriff Spannungsgebiet nicht mehr so eng ausgelegt werden dürfe wie in der Vergangenheit“. Diese Initiative ist vom Beirat der IG Metall 1977 „eindeutig verurteilt und als im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Beschlüssen stehend gekennzeichnet worden“. Die IG Metall entwickelte deshalb ihre Forderungen weiter, sie „wendet sich aus politisch-moralischen Gründen gegen die Lockerung“ der Rüstungsexportbeschränkungen und befürwortet eine „konsequente Abrüstung im Zuge der weltweiten Entspannung“.

- Konkret fordert die IGM eine langfristige Planung der Beschaffung, damit die Produktionszyklen von Waffensystemen nicht mit einem Auf- und Abbau der Beschäftigung von Arbeitnehmern einhergehen.
- Die vorhandenen Rüstungskapazitäten sollten nicht ausgebaut werden und staatliche Auflagen sollten die Abhängigkeit der Unternehmen von Rüstungsaufträgen mindern, indem nennenswerte Anteile ziviler Produktion aufrecht erhalten und neu erschlossen werden. Dies gilt insbesondere für die Luft- und Raumfahrtindustrie, aber auch für einzelne Werften.
- Durch die freiwerdenden Mittel im Rüstungshaushalt könnten die Arbeitsplätze in den Rüstungsbetrieben für andere Bereiche öffentlicher Nachfrage gesichert werden. Ein öffentlicher Bedarf mit hochentwickelter Technologie wird u.a. im Umweltschutzbereich gesehen.

Diese Position des Beirats der IGM von 1977 wurde 1980 auf dem Gewerkschaftstag bestätigt. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Rüstungsproduktion keine Beschäftigungssicherheit biete. Das Vollbeschäftigungsziel sei kein Hinderungsgrund für die Abrüstungspolitik. Die Rüstungskonversionsvorstellungen sollen auf dezentraler, d.h. auf Unternehmensebene formuliert werden. Die zu gründenden Umstellungsausschüsse sollen unter Arbeitnehmerbeteiligung Produktionsumstellungen langfristig vorbereiten und konkrete Produktionsmöglichkeiten erschließen.

Diese Forderungen implizieren eine Mitgestaltung einerseits der In-

vestitionspolitik eines Unternehmens und richten sich andererseits auf eine Formulierung öffentlicher Bedarfswelder, für die produziert werden soll (Beschluß des Gewerkschaftstages der IGM 1980). Auch der DGB fordert im Rahmen eines qualitativen Beschäftigungsprogramms eine Reduzierung des Rüstungshaushaltes und eine Umstellung der Rüstungswirtschaft in Kombination mit einer vorausschauenden Strukturpolitik.

Diese Position bestätigte auch der Gewerkschaftstag der IG Metall 1983: „Die Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen darf kein Argument für mehr Rüstungsproduktion und mehr Rüstungsexport sein. Die Arbeitnehmer müssen auf andere Weise gesichert werden. Die IG Metall bekräftigt die Forderung nach der Vorbereitung von Umstellungen auf andere Produktionen auf der Basis hochentwickelter Technologien. Sie begrüßt und unterstützt die Arbeitskreise von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die das Ziel haben, bei den Unternehmen alternative Produktionen zur Sicherung der Arbeitsplätze durchzusetzen.“

Für die Gewerkschaftsbewegung stellt sich das Problem der Unterstützung der Arbeitskreise für eine Alternative Produktion auch als eine allgemein-gesellschaftspolitische Strategie der Demokratisierung und Mitbestimmung. Als Problem deshalb, weil die Arbeitskreise Basisinitiativen sind, die an die Organisation neue Ansprüche stellen. Dort werden Fragen und Antworten erarbeitet, deren Problemstellungen sich in vielen Bereichen bisher außerhalb konkreter traditioneller gewerkschaftlicher Arbeit befanden. Sie tragen aber zur Konkretisierung gewerkschaftlicher Zielvorstellungen bei:

- Die Gewerkschaften fordern qualitative Beschäftigungsprogramme. Die Arbeitskreise versuchen, auf gesellschaftlichen Problemfeldern Produkte zu entwickeln und mit regionalen Initiativen zusammenzuarbeiten.
- Die Gewerkschaften fordern Mitbestimmung. Einige Arbeitskreise versuchen, Investitionsfelder zu benennen und auf die Produktpolitik Einfluß zu nehmen. Dabei müßten die unterschiedlichen Ebenen der Mitbestimmung verbunden werden.
- Die Gewerkschaften fordern Abrüstung. Die Arbeitskreise treten aktiv für Rüstungskonversion und Sicherheit der Arbeitsplätze vor Ort ein und benennen Produktionsbereiche in gesellschaftlichen

Defizitfeldern (Umweltsanierung, Energiebereich, Wohnungsbau, Verkehrspolitik u.ä.)

- Die Gewerkschaften fordern eine soziale Verantwortung der Forschungs- und Technologiepolitik. Die Arbeitskreise setzen sich mit Fragen der Humanisierung der Arbeit auseinander und fordern eine alternative Gestaltung der Produktionstechnologie.

3.5 Konversion als gesellschaftspolitische Strategie

Die vorhandenen Arbeitskreise für eine Alternative Fertigung haben eine grundlegend andere Qualität als die Institution des betrieblichen Vorschlagwesens: eine substantielle Humanisierung der Arbeit und die Herstellung von betriebswirtschaftlich nicht profitablen Produkten stoßen an die Grenze der Gewinninteressen und Unternehmensstrategien des Kapitals, die Formulierung von alternativen Unternehmensplänen an die Grenze der Herrschafts- und Kontrollinteressen des Managements. Mit der Berücksichtigung gesellschaftlicher Kriterien und menschlicher Interessen bei der Konzeption von Produkten und Produktionsmethoden wird nicht nur die Gleichgültigkeit des Kapitals gegenüber der Art und Weise seiner Verwertung in Frage gestellt; zugleich werden unbefriedigte und in der Regel kollektive Bedürfnisse aufgegriffen und formuliert, die eine sinnvolle Produktion für „neue Märkte“ ermöglichen, allerdings auch alternative Politikkonzepte („Wende vorwärts“) erfordern. Hier liegt die zwangsläufige Verbindung von allen Ansätzen einer Alternativen Produktion und „großer“ Gesellschaftspolitik: der Absatz und Einsatz sozial nützlicher Produkte in einer relevanten Größenordnung setzt nicht nur individuelle, sondern vor allem politische Entscheidungen voraus.

Notwendig sind Arbeitszeitverkürzungen und Beschäftigungsprogramme zur Förderung eines qualitativen Wachstums in Bereichen des gesellschaftlichen Bedarfs auf Kosten des Kapitals und der Reichen; notwendig ist ein Umbau der Rüstungsausgaben zugunsten sozial nützlicher Produkte und eines Beitrages zur Sicherung des Überlebens der Menschheit; notwendig sind intensive Aktivitäten auf dem Gebiet des Umweltschutzes zur Beseitigung der vorhandenen und Verhinderung weiterer Zerstörung; notwendig sind eine soziale Kontrolle der

Folgen und eine Veränderung der Prinzipien des technologischen Wandels — es sind politische und nicht technologische oder von Sachzwängen diktierte Entscheidungen im Interesse der Menschlichkeit und gegen die Interessen der momentan Herrschenden zu treffen.

Nur der tägliche Druck und das Wahlverhalten von Mehrheiten sind in der Lage, eine neue Zukunftsperspektive der gesellschaftlichen Kontrolle über Produktion und Politik zu eröffnen. Arbeiterbewegung, Umweltschutzbewegung und Friedensbewegung können als gemeinsame Kraft mit prinzipiell gleichen Interessen zu dem zentralen Faktor der Umgestaltung werden. Die Vernetzung vorhandener „Alternativ-Initiativen“, die Ausweitung der Mit- und Selbstbestimmung, sowie die gemeinsame Diskussion von Basisgruppen in Betrieben, Dienstleistungszentren, Universitäten und Kommunen können die Entwicklung und Praktizierung von humanen Strukturen und neuen Motivationen sowie möglicherweise auch Mehrheiten erschließen. Wahrscheinlich entwickeln sich bereits heute im Schoße der alten Gesellschaft, die die vorhandenen Produktivkräfte nicht mehr im Interesse der Menschheit nutzen und weiterentwickeln kann, Leitlinien und Ansatzpunkte zukünftiger gesellschaftlicher Verhältnisse.

Es müssen zentrale politische Weichenstellungen erfolgen: staatliche Gelder müssen gezielt in Bereiche des sozialen Bedarfs und auf 'menschliche Produkte' gelenkt werden, so daß auch die zwar erforderlichen, aber über den Markt nicht gewinnträchtig finanzierbaren Schritte unternommen werden können. Kein Betrieb und keine Belegschaft kann es sich leisten, staatliche Rüstungsaufträge abzulehnen und sich selbst in die Pleite und die Arbeitslosigkeit 'zu basteln' — aber der Staat kann seine Subventionen statt zur Förderung der Gewinne für sozial nützliche Produkte einsetzen (Fernwärme statt Investitionszulagen) und militärische Aufträge durch zivile ersetzen.

Die Finanzierung öffentlicher Inverstitionsprogramme mit dem Ziel der Ausweitung der sozial nützlichen Produktion ist kein unlösbares Problem, sondern eine Verteilungs- und damit auch eine Klassenfrage. Neben einem Umbau des Rüstungsetats und der Ausgaben für schädliche Großprojekte sind Veränderungen im Steuer- und Zuteilungssystem nötig, die die Reichen und das Kapital verstärkt zur Finanzierung heranziehen und sie nicht wie bisher auf Kosten der „kleinen Leute“ noch reicher machen. Allein die Einführung einer Ergän-

zungsabgabe auf hohe Einkommen, die Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbstätigen, die Streichung des Kindergeldes bei einem Netto-Monatseinkommen von mehr als DM 4.000,—, ein Verbot aller Abschreibungsgesellschaften, die Bekämpfung der Steuerrückstände und der Steuerkriminalität und ein hoher Steuersatz für Finanzinvestitionen würden jährlich zweistellige Milliardenbeträge mobilisieren.

Nicht nur die staatlichen Investitions- und Auftragsprogramme, sondern auch die Unternehmensaktivitäten müssen nach dem Kriterium der sozialen Nützlichkeit und der Umweltverträglichkeit untersucht und notfalls umgestellt werden. Wenn nicht eine andauernde Umverteilung öffentlicher Mittel in unkontrollierbare private Verfügungsgewalt stattfinden soll, dürften der Aufbau von öffentlichen oder selbstverwalteten Eigenbetrieben, die Vergesellschaftung und möglicherweise Entflechtung von Großkonzernen sowie die Abstimmung von Rahmenplänen z.B. mit der Festlegung von Investitionsschwerpunkten erforderlich werden.

Alternative Produktion bedeutet auch eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und eine Demokratisierung der Entscheidungen.

Die beginnende Diskussion über die gewünschte Art und Menge von Produkten signalisiert, daß immer mehr Menschen eine neue historische Chance sehen: heute scheint es möglich, die gemeinsame Arbeit so zu organisieren, daß die elementaren Lebensinteressen der Menschheit befriedigt werden. Das ist die konkrete Utopie der achtziger Jahre, die Menschen mit unterschiedlicher Ausbildung und Tätigkeit zusammenführt: Daß der gezielte Einsatz des vorhandenen Produktions- und Dienstleistungspotentials und die gerechte Verteilung des vorhandenen Reichtums eine Welt ohne Hunger und Elend, ohne Arbeitslosigkeit und Krieg möglich machen. Unsere Kernthese ist, daß die massive Verschlechterung der ökonomischen, der politischen und der alltäglich erfahrbaren Lage neben einer Stärkung konservativ-autoritärer Tendenzen auch eine Vielzahl von Initiativen, von sozialen Bewegungen und Zusammenschlüssen hervorgebracht hat, bei denen sich im Kampf für ihre Lebensinteressen zunehmend eine gemeinsame Einsicht herausbildet: daß massive politische Eingriffe in die Produktion und Verteilung erforderlich sind, und daß nur die

Durchsetzung von Alternativen katastrophale Entwicklungen verhindern kann. Wir sehen trotz aller Probleme eine gemeinsame Wurzel und auch eine gemeinsame Perspektive von Friedensbewegung, Arbeiterbewegung, Umweltschutzbewegung, Solidaritätsgruppen mit der Dritten Welt sowie von Teilen der Kirchen.

Die *Umweltschutzbewegung* weist nicht nur auf die akute Bedrohung der gesamten Menschheit hin, sondern fordert über den Ausbau der Umweltschutzindustrien hinaus eine Beseitigung der die Umwelt schädigenden Ursachen. Sie kommt damit zugleich zu Überlegungen in Richtung auf einen völligen Umbau der heutigen Produktions- und Lebensstrukturen mit dem Ziel einer humanen Gesellschaft.

Die *Arbeiterbewegung* sieht sich angesichts niedriger bzw. negativer Wachstumsraten bei gleichzeitigen rasanten Rationalisierungsprozessen vor allem im Gefolge des Einsatzes von Microelektronik massiv durch Arbeitslosigkeit bedroht und fordert eine staatlich initiierte Umsteuerung der Produktion mit dem Ziel eines 'qualitativen Wachstums'. Dies schließt die Diskussion um die Umstellung von Rüstungs- auf sozial nützliche Produktion ein.

Auch im Rahmen der *Friedensbewegung* werden die alternativen Produktionsmöglichkeiten z.B. zu den Fregatten, dem MRCA Tornado und dem Kampfpanzer Leopard 2 untersucht.

Im Umbau der hohen Rüstungsausgaben wird auch der Schlüssel zu einer *gerechten Weltwirtschaftsordnung* gesehen, in deren Rahmen z.B. das Verhungern von über 10 Millionen Menschen pro Jahr zu verhindern und damit zugleich der Weltfrieden sicherer zu machen wäre.

Die nicht umkehrbare neue Qualität der politischen Diskussion der achtziger Jahre liegt darin, daß verstärkt zum Thema wird, was lange Zeit als das exklusive Recht von Unternehmern und Spitzenpolitikern betrachtet wurde: Die Entscheidung darüber, was unter welchen Bedingungen in welcher Menge produziert und zu welchem Zweck wieviel investiert werden soll.

Insbesondere im Rüstungsbereich geht es darum, mächtigen Kapitalgruppen einen zentralen Teil ihres Betätigungsfeldes zu beschneiden. Nur eine breite und aktive Bewegung wird in der Lage sein, eine humane Zukunft der Gesellschaft gegen das Bündnis von konservativen und liberalen Politikern und dem Kapital durchzusetzen.

3.6 Zusammenfassende Thesen: Ideen und Realisierungsbedingungen einer Alternativen Produktion

- 1) Die Diskussion über neue oder alternative Produkte in den Belegschaften oder durch ihre Interessenvertreter ist
- eine Reaktion in erster Linie auf die Unfähigkeit der bisherigen Produktion, alle Arbeitsplätze zu sichern (also eine Antwort auf anstehende Entlassungen), aber oft auch zusätzlich
 - eine Kritik an den bisher hergestellten Gütern, die für gesellschaftlich überflüssig und gefährlich (z.B. die Rüstungsproduktion und der Bau von Atomkraftwerken) gehalten werden sowie
 - die Betonung eines offenkundigen sozialen Bedarfs (z.B. im Umweltschutz- oder Energiebereich), der mit den vorhandenen betrieblichen Möglichkeiten befriedigt werden könnte.

Schlechte betriebliche Arbeitsbedingungen oder negative Folgen des Einsatzes neuer Technologien sind kaum Bezugspunkt für die bestehenden betrieblichen Initiativen und ihre Produktvorschläge.

2) Die Existenz von kontinuierlich arbeitenden Gruppen in den Betrieben, die sich systematisch Gedanken über neue Produkte machen und dazu die Belegschaft befragen, Firmenentwicklungen aufarbeiten, mit Initiativen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen diskutieren, sich von Experten beraten lassen und Marktstudien auswerten, stellt eine neue Qualität gewerkschaftlicher Arbeit dar. Die Produktvorschläge sollen „sozial nützlich“ sein, d.h. sie werden der unkontrollierten Entscheidungsgewalt von Managern und Spitzenpolitikern entzogen und zwischen gesellschaftlichen Gruppen „politisch“ diskutiert; u.a. sollen sie möglichst umweltfreundlich, energiesparend, ressourcenschonend, langlebig, reparaturfreundlich, „rückholbar“, bedarfsorientiert, arbeitsplatzsichernd und human herstellbar sein. Nicht selten sind aber auch „alternative“ Produkte unter dem einen oder anderen Aspekt problematisch; so hatten die Beschäftigten bei Lucas Aerospace durchaus ökologische Bedenken gegen ihren Vorschlag für Geräte zur Nutzung des Meeresbodens.

Entscheidend ist, daß durch den Dialog von Menschen auch eine Bewußtseinsveränderung stattfindet, die die Entscheidung für die Herstellung von Produkten der vordergründigen betriebswirtschaftlichen Profitlogik entzieht und die kritischen Initiativen für eine Alternative

Produktion deutlich von dem „betrieblichen Vorschlagswesen“ abhebt.

3) Betriebliche Arbeitskreise für eine Alternative Produktion sind in der Regel nicht zum Bau von Prototypen in der Lage. Sie greifen deshalb meist auf bereits entwickelte Güter und auf in den jeweiligen Unternehmen hergestellte Prototypen oder Modellprojekte zurück (z.B. Windenergieanlagen in der Luftfahrtindustrie, Blockheizkraftwerke in der Werftindustrie) oder können diese gezielt abwandeln (z.B. elektronische Geräte für Behinderte). Allerdings wird in den Initiativen immer wieder an der Entwicklung einzelner Produkte gearbeitet und hierbei eine neue Qualität der Kooperation von Ingenieuren und Arbeitern in den Firmen, aber auch mit externen Experten, Initiativen und Universitäten hergestellt.

4) Da die Produkte auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme abzielen, können sie über lokale und regionale Märkte hinaus abgesetzt werden — sofern es überhaupt eine Nachfrage gibt, was für stillgelegte und von den Belegschaften übernommene Betriebe ein besonders akutes Problem darstellt. Da oft gerade der kollektive Bedarf befriedigt werden soll, entzieht sich die Investitionsentscheidung für die angebotenen Produkte den individuellen Möglichkeiten einzelner Menschen, so daß auch eine Identität von Produzent und Konsument der Güter bestenfalls auf der kollektiven Ebene erreicht werden kann.

5) Auch wenn viele der alternativen Produkte schon vereinzelt hergestellt werden, spricht nichts gegen zusätzliche Angebote — die Lösung der vorhandenen Probleme erfordert eine Zunahme gerade dieser Güter. Allerdings muß der Aufbau neuer Überkapazitäten vermieden werden, was nur durch Absprachen und ein gewisses Maß an gesellschaftlicher Planung erreicht werden kann. Ein „Ende des Bedarfs“ an sozial nützlichen Produkten wäre durchaus kein Unglück, weil dann ja ein relativ problemloses menschliches Leben und eine radikale Arbeitszeitverkürzung für alle möglich wäre. Solche Arbeitszeitverkürzungen sind ohnehin nötig, auch wenn durch Alternative Produktion 1 Million Dauerarbeitsplätze geschaffen werden könnten. Die bisher absehbaren Arbeitsplatzeffekte aller Alternativpläne bewegen sich allerdings noch auf einem niedrigen Niveau.

6) Die „kritischen Produzenten“ in den Betrieben bemühen sich zunehmend, über die Einsatzbedingungen einzelner Produkte nachzu-

denken und gesellschaftliche Versorgungskonzepte (z.B. regionale Energie-, Nahverkehrs- oder Recyclingkonzepte) zu entwickeln. Damit lassen sich konkrete Verbindungen zu den geforderten Beschäftigungsprogrammen für ein qualitatives Wachstum und eine aktive Regionalpolitik herstellen, die zu konkreten (seh-, fühl- und vorstellbaren) Alternativkonzepten führen und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen einleiten können.

7) Die Realisierung einer Alternativen Produktion erfordert eine erhöhte Nachfrage, die kaum anders als durch den Einsatz der Ressourcen des Staates sowie der öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen erreichbar ist. Eine zentrale Voraussetzung hierfür ist aber — über die Aktivierung fortschrittlicher Länderregierungen und der durch die Gewerkschaften beeinflussbaren Bereiche hinaus — eine grundlegende politische Wende vorwärts in der Bundespolitik. Nur Veränderungen z.B. in der Energiepolitik von Atomprogrammen zur Energieeinsparung und Nutzung regenerativer Energiequellen, von der Aufrüstung zur Umwandlung der Rüstungsausgaben zugunsten ziviler Produkte sowie in der Verteilungspolitik von der Entlastung zu einer verstärkten Belastung des Kapitals und der Reichen mit dem Ziel der Finanzierung einer besseren gesellschaftlichen Versorgung lassen die Realisierung einer alternativen Produktion mit erheblichen Arbeitsplatzeffekten als möglich erscheinen. Zur Durchsetzung einer solchen Veränderung ist die Zusammenarbeit von Arbeiterbewegung, Friedensbewegung und Bürgerinitiativbewegung sowie deren Organisationen und der sie repräsentierenden politischen Parteien unabdingbar.

Dokument

Fragebogen zur Alternativen Produktion

Betriebsrat Vereinigte Flugtechnische Werke GmbH
 Vk-Arbeitskreis Alternative Fertigung

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir wenden uns mit einem Fragebogen an Euch mit der Bitte, diesen auszufüllen und uns zurückzugeben.

Der Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ des Vertrauenskörpers der IGM bei VFW Bremen setzt sich aus Gewerkschaftern und Nichtgewerkschaftern, Arbeitern und Angestellten aus allen Bereichen von VFW und ERNO zusammen. Unser Ziel ist es, unseren Betrieb von Rüstungsproduktionen unabhängiger zu machen.

Der Fragebogen besteht aus einem allgemeinen Teil und aus einem Teil, der den Arbeitskreis direkt angeht. Vor allem die Frage 11 nach Ideen und nützlichen Vorschlägen für nützliche Produkte (nützlich und sinnvoll für alle Menschen) wird unmittelbar auf unser Bemühen einwirken, bei VFW und ERNO mehr Arbeit zu schaffen bzw. Arbeitsplätze zu erhalten. Es ist für uns sehr wichtig, daß wir von möglichst allen Kolleginnen und Kollegen den Fragebogen ausgefüllt zurückerhalten — auch wenn ihr z.Z. keinen Vorschlag machen könnt.

Bitte, steckt den Fragebogen beim Betriebsrat, Bau 12, in die dort aufgestellte Urne, die einmal am Tag abends geleert wird. Ihr könnt die Fragebögen auch in Eurem Betrieb sammeln und dann — verschlossen in einem Umschlag — unter Wahrung der Anonymität an den Betriebsrat schicken. Vermerkt auf dem Umschlag in rot und in großer Schrift das Wort „Fragebögen“. Der Umschlag wird verschlossen in die Urne gegeben.

Die Auswertung der Umfrage wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Berichte über die Ergebnisse werden wir so schnell wie möglich veröffentlichen.

Den Fragebogen bitte bis zum 17.12.1982 an uns zurücksenden!!!

Betriebsrat

Vertrauenskörperleitung

VK-Arbeitskreis
 „Alternative Fertigung“

L. Hettling

B. Grottke

J. Fischer

Bremen, 18.11.1982

FRAGEBOGEN ZUR ALTERNATIVEN FERTIGUNG

1. *Wie sehen Sie die derzeitige wirtschaftliche Situation bei VFW?*
 - Im Grunde gibt es keine Probleme*
 - Es gibt Schwierigkeiten, die aber bald überwunden sind*
 - Es gibt eine ernste Krise*

2. *Halten Sie Ihren eigenen Arbeitsplatz für gefährdet oder für sicher?*
 - Ziemlich sicher*
 - Heute kann sich niemand mehr sicher sein*
 - Mein Arbeitsplatz ist gefährdet*

3. *Falls Sie einmal nicht mehr bei VFW beschäftigt sind: Finden Sie schnell eine neue Arbeit?*
 - Es gibt schnell neue Arbeit*
 - Man weiß es nicht*
 - Ich müßte mit einer längeren Arbeitslosigkeit rechnen*

4. *Hat sich Ihre Arbeitssituation in den letzten Jahren durch Rationalisierung verschlechtert?*

*Mehrfachnennungen
möglich*

 - Nein*
 - Ja, durch*
 - Versetzung*
 - Mehr Arbeitshetze*
 - Insgesamt höhere Belastungen*
 - Schichtarbeit*
 - Qualifikationsverlust*
 - Weniger eigene Spielräume in der Arbeit*
 - Stärkere Isolation von den Kollegen*
 - Lohn- oder Gehaltsabbau*
 - Verminderte Aufstiegsmöglichkeiten*

5. *Hat sich der Betriebsrat in der letzten Zeit im großen und ganzen in Ihrem Sinne verhalten?*
 - Ja, er hat konsequent unsere Interessen vertreten*
 - Nein, er sollte lieber etwas zurückhaltender sein*
 - Nein, er sollte noch härter auftreten*
 - Ich habe keine genaue Einschätzung*

6. *Wie würden Sie sich entscheiden, wenn Sie sich aussuchen könnten, ob Sie lieber an militärischen oder an zivilen Projekten / Aufgaben arbeiten wollen?*

Lieber an zivilen Projekten
Ist mir völlig egal
Lieber an militärischen Projekten

7. *Was halten Sie von dem Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ der IG Metall-Vertrauensleute bei VFW, der zur Arbeitsplatzsicherung nützliche Produkte durchsetzen will?*

Ich finde gut, daß sich Kollegen Gedanken über neue Produkte und sichere Arbeitsplätze machen
Der Arbeitskreis ist überflüssig. Für die Auslastung des Betriebes ist allein die Geschäftsführung zuständig
Kann ich nicht beurteilen, ich weiß nichts von dem Arbeitskreis

8. *Wären Sie bereit, den Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ zu unterstützen?*

Ja
Nein

9. *Ich bin zur Mitarbeit im Arbeitskreis bereit*

Ja
Nein

10. *Mein besonderes Interesse würde folgender Arbeitsgruppe des Arbeitskreises gelten:*

*Mehrfachnennungen
möglich*

Energietechnik
Medizintechnik
Verkehrstechnik
Meerestechnik
Umweltschutztechnik
Arbeits- und Unfallschutz

11. *Haben Sie Vorschläge für nützliche Produkte, die VFW (z.B. in den Bereichen Energieversorgung, Umweltschutz, Medizin, öffentliche Verkehrssysteme und Meerestechnologie) herstellen könnte? Denken Sie auch an Ihre Ansprüche als „Konsument“!*
- *Machen Sie bitte kurze Beschreibungen oder Zeichnungen.*
 - *Sie können auch weitere Unterlagen zu dem Fragebogen legen und mit abgeben. Dann kann auch die Anonymität gewahrt bleiben.*
 - *Es ist jederzeit eine persönliche Rücksprache mit dem Betriebsrat und dem Arbeitskreis möglich (Tel. 22 29)*

NUN NOCH EINIGE FRAGEN ZUR STATISTIK:

12. *Ich arbeite im Unternehmensbereich*
- UT (Transporter) ○*
 - UM (Marine- und Sondertechnik) ○*
13. *Ich bin tätig im Bereich*
- Entwicklung ○*
 - Verwaltung ○*
 - Produktion ○*
14. *Ich arbeite im*
- A technischen Bereich als*
 - angelernter Arbeiter ○*
 - Facharbeiter ○*
 - Techniker ○*
 - Ingenieur ○*
 - B kaufmännischen Bereich als*
 - Angelernter ○*
 - Sachbearbeiter (kaufm. Lehre) ○*
 - Betriebswirt (Hochschulabschluß) ○*
15. *Sind Sie gewerkschaftlich organisiert?*
- Ja, IG Metall ○*
 - Ja, DAG ○*
 - Nein, ich bin nicht organisiert ○*

Edgar Einemann · Edo Lübbing

**ANDERS
PRODUZIEREN**

*Alternative Strategien
in Betrieb und Region*

Die Autoren

Edgar Einemann, Dr. rer. pol., Dipl.-Soz., arbeitet seit 1975 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kooperationsbereich zwischen Universität und Arbeiterkammer Bremen.

1975-1980 Mitarbeit in einem industriesoziologischen Forschungsprojekt und in der Arbeiterbildung; 1980-1985 Arbeit im Arbeiterbildungs-Forschungsprojekt zu „Krise, Rationalisierung und Humanisierung“; zugleich Beteiligung an mehreren gewerkschaftlichen Arbeitskreisen. Seit 1979 Mitglied der Kommission „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ beim Bundesvorstand der Jungsozialisten.

Edo Lübbing, Betriebswirt grad., Dipl.-Ökonom, studierte nach dem Abschluß der Lehre als Groß- und Einzelhandelskaufmann und dem Besuch der Fachoberschule für Wirtschaft. 1978-1980 Angestellter in der Stabsabteilung Betriebswirtschaft eines Großbetriebes der Metallindustrie. 1981-1985 Arbeit im Projekt „Krise, Rationalisierung, Humanisierung“ des Kooperationsbereichs zwischen Universität und Arbeiterkammer Bremen. Beteiligung an mehreren gewerkschaftlichen Arbeitskreisen.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Einemann, Edgar:

Anders Produzieren: alternative Strategien
in Betrieb und Region / Edgar Einemann;
Edo Lübbing. — 1. Aufl. — Marburg: SP-Verlag,
1985

ISBN 3-924800-33-2

NE: Lübbing, Edo:

SP-Verlag Norbert Schüren GmbH
Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
3. Auflage, Marburg 1986
Copyright © bei SP-Verlag, Marburg 1985
Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Martin Kreutter (Foto), Beate Faßnacht
(Satz und Grafik), Marburg

Satz: Reinhard Stang, Neue Pfälzer Post GmbH, Neustadt

Druck und Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda

Printed in Germany

ISBN 3-924800-33-2

Inhalt

Vorbemerkung	7
Einleitung	9
I. Arbeit, Bewußtsein, Bildungsarbeit	13
1. Vorerst kein „Ende der Arbeitsgesellschaft“	13
1.1 Entwicklungstendenzen im Arbeitsbereich (13)	
1.2 Entwicklungstendenzen im Freizeitbereich (17)	
1.3 Politische und pädagogische Perspektiven (21)	
2. Arbeiterbewußtsein und Klasseninteressen in der Wirtschaftskrise	24
II. Betroffenenforschung für alternative Arbeitsbe- dingungen, Technologien und Produkte	41
1. Arbeitermedizin und Humanisierung 'von unten'	41
1.1 Arbeitsbedingungen und Humanisierungsinteres- sen (41) 1.2 Das Konzept einer „Humanisierung von unten“ (43) 1.3 Bildungsarbeit und Befragungsansatz (46) 1.4 Die Ergebnisse der Befragung (47) 1.5 Huma- nisierungsansätze (53) 1.6 Kooperations- und For- schungsperspektiven (55) 1.7 Forderungsschwer- punkte und Durchsetzungsstrategien zur Humanisie- rung der Arbeit (56)	
Dokument: Fragebogen Arbeitsbelastung	62
2. Rationalisierungsanalyse und Betroffenenforschung	65
2.1 Arbeiterbewegung und kapitalistische Rationali- sierung (65) 2.2 Indikatoren für die Rationalisierung- sanalyse (70) 2.3 Qualitative Ansätze zur Analyse be- trieblicher Rationalisierungsprozesse (75) 2.4 Arbeit- nehmerforschung als Bildungs- und Mobilisierungsin- strument (77)	
Dokument 1: Fragebogen Rationalisierung	80
Dokument 2: Bremer IG Metall zur Rationalisierung	90

3.	Rüstungskonversion und Alternative Produktion als betriebliche und politische Strategie	95
	3.1 Zur Notwendigkeit der Rüstungskonversion (95)	
	3.2 Alternative Produktion und betriebliche Umstellungen sind möglich und notwendig (98)	
	3.3 Rüstungsbeschäftigte für Alternative Produktion (101)	
	3.4 Rüstungskonversion als gewerkschaftliche Strategie (114)	
	3.5 Konversion als gesellschaftspolitische Strategie (117)	
	3.6 Zusammenfassende Thesen: Ideen und Realisierungsbedingungen einer Alternativen Produktion (121)	
	Dokument: Fragebogen zur Alternativen Produktion	124
III.	Alternative Regionalpolitik	128
1.	Zum politischen Ansatz einer alternativen Strukturpolitik auf dezentraler Ebene	128
	1.1 Unzureichende Antworten auf die politische Krise (128)	
	1.2 Umriss einer Alternative (130)	
	1.3 Kommunale und regionale Ansatzpunkte (132)	
2.	Das Beispiel London: Mobilisierende Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	133
	2.1 Der politische Ansatz (133)	
	2.2 Beteiligung der Betroffenen und dezentrale Demokratisierung (135)	
	2.3 Das Frühwarnsystem (139)	
	2.4 Die Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung (140)	
	2.5 Die Technologiennetze (142)	
	2.6 Alternative dezentrale Energiepolitik (145)	
	2.7 Der politische Kampf um London (147)	
3.	Alternative Regionalpolitik zur Krisenbekämpfung und Unterstützung einer alternativen Produktion	149
	3.1 Als Beispiel: Regionale Strukturkrise in Bremen (149)	
	3.2 Zur Kritik einer marktorientierten regionalen Wirtschaftspolitik (151)	
	3.3 Ein Beispiel: Ansiedlungsgesellschaft und Innovationsberatung in den Niederlanden (153)	
	3.4 Modell einer regionalen Eigengesellschaft (154)	
	3.5 Ein Zentrum für sanfte Energietechnologien als Ausdruck regionaler Industriepolitik (165)	

IV. Energiepolitik in der Bundesrepublik und Alternativen der regionalen Energieversorgung	169
1. Die Energieerzeugung und der Energieverbrauch in der Bundesrepublik	170
2. Energieprognosen	173
2.1 Die Prognosen der Bundesregierung und der Energieunternehmen (174)	
2.2 Die Prognosen des Öko-Instituts und der Kernenergie-Enquete-Kommission (176)	
3. Die Energiepolitik der Bundesregierung und die Chancen einer anderen Energieversorgung	180
3.1 Die Energiepolitik der Bundesregierung: Der harte Weg (180)	
3.2 Zur Kritik der Kernenergie (183)	
4. Für eine andere Energiepolitik: Der sanfte Weg	185
4.1 Das Kriterium Energieeinsparungen (186)	
4.2 Das Kriterium der Schonung der nicht regenerierbaren Ressourcen (188)	
4.3 Das Kriterium der Umweltschonung (189)	
4.4 Das Kriterium der sozialen Verträglichkeit (189)	
4.5 Voraussetzungen für den 'sanften' Weg (190)	
5. Konzepte zur städtischen Wärmeversorgung	191
5.1 Die Kraft-Wärme-Kopplung (193)	
5.2 Regionale Energiekonzepte (194)	
5.3 Dezentrale Energieversorgung (199)	
6. Energieversorgung und Arbeitsplätze	200
Dokument: Kleine Begriffserklärung	205
V. Anhang: Thesen zur Sozialistischen Wirtschaftspolitik	207
Literatur	215
Abkürzungen	228

Literatur

- Abendroth, M.; Beckenbach, N.; Braun, S.; Dombois, R.: *Hafenarbeit*, Frankfurt 1979
- Adam, H.: *Bausteine der Volkswirtschaftslehre*, Köln 1982
- Adorno, Th. W.: *Kultur und Verwaltung*, in Horkheimer, M.; Adorno, Th. W.: *Sociologica II*, Frankfurt 1962
- AGAT, Arbeitsgruppe für angepaßte Technologie (Hrsg.): *Technik für den Menschen*, Frankfurt 1982
- Albrecht, U.; Lock, P.; Wulf, H.: *Arbeitsplätze durch Rüstung?*, Reinbek 1978
- Altmann, N.; Bechtle, G.; Lutz, B.: *Betrieb — Technik — Arbeit*, Frankfurt/München 1978
- Altmann, N.; Binkelman, P.; Düll, K.; Stück, H.: *Grenzen neuer Arbeitsformen*, Frankfurt/New York 1982
- Altwater, E.; Hoffmann, J.; Semmler, W.: *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise*, Berlin 1979
- Amlung, W., u.a.: *Sozialistische Perspektiven. Für einen neuen programatischen Impuls. Positionsbestimmung undogmatischer Jungsozialisten*, Marburg 1984
- Arbeitskreis Alternativenergie Tübingen: *Alternatives Energiekonzept für die Stadt Tübingen*, Tübingen 1981
- Arndt, H.: *Arbeitslosigkeit und Inflation in der Weltwirtschaft*, in: Markmann, H.; Simmert, D.B. (Hrsg): *Krise der Wirtschaftspolitik*, Köln 1978
- Autorenkollektiv am Institut für Soziologie der FU Berlin: *Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter*, Frankfurt 1973
- Baethge, M.; Bauer, W.; Mohr, W.; Münch, J.; Schöll-Schwinghammer, I.; Schumann, M.: *Sozialpolitik und Arbeiterinteresse*, Frankfurt 1976
- Baethge, M.; Gerstenberger, F.; Kern, H.; Schumann, M.; Stein, H.W.; Wiennemann, E.: *Produktion und Qualifikation (Vorstudie)*, Berlin 1974
- Baethge, M.; Schumann, M.: *Legitimation und Staatsillusion im Bewußtsein der Arbeiter — Überlegungen zum Staatsverständnis der Arbeiter anläßlich einer empirischen Studie*, in: Osterland, M. (Hrsg) *Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential*, Frankfurt 1975
- Balsen, W.; Nakielski, H.; Rössel, K.; Winkel, R.: *Die neue Armut; Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung*, Köln 1983
- Bechmann, G.; Vahrenkamp, R.; Wingert, B.: *Mechanisierung geistiger Arbeit*, Frankfurt/New York 1979

- Bechtle, G.: *Betrieb als Strategie — Theoretische Vorarbeiten zu einem Industriesoziologischen Konzept*, Frankfurt/München 1980
- Beckenbach, N.; Braczyk, H.-J.; Herkommer, S.; Malsch, Th.; Seltz, R.; Stück, H.: *Ingenieure und Techniker in der Industrie*, Frankfurt/Köln 1975
- Becker-Schmidt, R.; Knapp, G.-A.; Schmidt, B.: *Eines ist zu wenig — beides ist zuviel*, Bonn 1984
- Bell, D.: *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Reinbek 1979
- Benseler, F.; Heinze, R.G.; Klönne, A. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- Berger, H.: *Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit*, Frankfurt 1974
- Berger, J.; Müller, J.; Pfriem, R. (Redaktion): *Kongreß Zukunft der Arbeit*, Materialband, Bielefeld 1982
- Bergmann, J.; Jacobi, O.; Müller-Jentsch, W.: *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Frankfurt/Köln 1975
- Bergmann, J.; Müller-Jentsch, W.: *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Bd. 2; *Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Bewußtsein der Funktionäre*, Frankfurt 1977
- Bettelhäuser, F.; Brock, A (Hrsg.): *Belastungen und Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz*, Universität Bremen 1980
- Bierbaum, Chr.; Bischoff, J.; Eppenstein, D.; Herkommer, S.; Maldaner, K.; Martin, A.: *Bwußtsein der Lohnabhängigen 1975 / 76*, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Sonderheft, Berlin 1976
- Bierbaum, Chr.; Bischoff, J.; Eppenstein, D.; Herkommer, S.; Maldaner, K.; Martin, A.: *Ende der Illusionen?*, Frankfurt/Köln 1977
- Bischoff, J.; Maldaner, K. (Hrsg.): *Kulturindustrie und Ideologie*, Teil 1, Hamburg 1980
- Bischoff, J.; Maldaner, K. (Hrsg.): *Kulturindustrie und Ideologie*, Teil 2, Hamburg 1982
- Bölsche, J. (Hrsg.): *Natur ohne Schutz*, Hamburg 1982
- Bosch, G.: *Arbeitsplatzverlust*, Frankfurt 1978
- Bossel, H.: *Kohle als Brücke zur sanften Energieversorgung*, in: Hatzfeld, H. u.a. (Hrsg.): *Kohle-Konzepte einer umweltfreundlichen Nutzung*, Frankfurt 1982
- Both, K.: *Stand und Entwicklung der Fernwärmeversorgung im Saarland*, in: Energie und Umwelt 82, VDI-Fachtagung, Saarbrücken 1983
- Bouwer, G.: *Eine Untersuchung über die Möglichkeiten einer Umstellung von militärischer Produktion auf zivile unter besonderer Berücksichtigung der „Vereinigten Flugtechnischen Werke“ (VFW)*, Dissertation, Bremen 1981
- Bouwer, G.: *Vom MRCA Tornado zur zivilen Alternative*, Baden-Baden 1983
- Brammerts, H.; Gerlach, G.; Trautwein, N.: *Lernen in der Gewerkschaft*, Frankfurt/Köln 1976
- Brandt, G.; Kündig, B.; Papadimitriou, Z.; Thomae, J.: *Computer und Arbeitsprozeß*, Frankfurt 1978

- Brandt, G.: *Die Zukunft der Arbeit in der „nachindustriellen“ Gesellschaft*, Manuskript eines Vortrages am Wiener Institut für höhere Studien, 1980
- Brandt, W.: *Das Überleben sichern*, Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980
- Braun, S.; Fuhrmann, J.: *Angestelltenmentalität*, Neuwied / Berlin 1970
- Briefs, U.: *Arbeiten ohne Sinn und Perspektive?*, Köln 1980
- Brock, A.: *Arbeiterbildung unter den Bedingungen des Kapitalismus*, herausgegeben von der Zentralstelle für die Durchführung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der Arbeiterkammer Bremen, 1980
- Brock, A.; Einemann, E.: *Lernen am Konflikt — Abbau von Arbeitsbelastungen durch Arbeiterbildung und Arbeiterforschung*, in: Görs D. (Hrsg.): *Arbeiten und Lernen*, München 1983
- Brock, A.; Funke, H.; Einemann, E.; Abholz, H.H.; Hoppensack, Th.: *Betriebliche Gesundheit und gewerkschaftliche Arbeit in einer norddeutschen Werft — Ansätze einer Arbeitermedizin in der BRD*, in: *Jahrbuch für kritische Medizin*, Band 6, Berlin 1980
- Brock, A.; Müller, H.D.; Negt, O. (Hrsg.): *Arbeiterbildung*, Reinbek 1978
- Bruns, Chr.; Conert, H.; Griesche, D.: *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit und Interessenvertretung im betrieblichen Alltag*, Frankfurt/New York 1980
- Brzoska, M.; Guha, A.A.; Willmann, Chr.: *Das Geschäft mit dem Tod*, Frankfurt 1982
- Bundesministerium für Wirtschaft: *Daten zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1982*, Bonn 1983
- Bundestags-Drucksache 9/983: *Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung*
- Bundestags-Enquete-Kommission: *Zukünftige Kernenergie-Politik, Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages*, Teil II, Bonn 1980
- Burgdorff, S. (Hrsg.): *Wirtschaft im Untergrund*, Reinbek 1983
- Conert, H.: *Probleme und Grenzen der Verwirklichung der Negtschen Konzeption von Arbeiterbildung im gewerkschaftlichen Bereich*, in: Brock, A.; Müller, H.D.; Negt, O. (Hrsg.): *Arbeiterbildung*, Reinbek 1978
- Cooley, M.: *Computer Aided Design*, Stuttgart 1978
- Cooley, M.: *Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod. Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion*, Reinbek 1982
- Cooley, M.: *Produktion für gesellschaftliche Bedürfnisse. Das Modell Lucas Aerospace*, in: Duve, F. (Hrsg.): *Technologie und Politik 15*, Reinbek 1980
- Cooley, M.: *Technologie, Gewerkschaften und menschliche Bedürfnisse* (Hrsg.: Internationaler Metallgewerkschaftsbund), Genf 1984
- Dahrendorf, R.: *Die Chancen einer Krise*, Stuttgart 1983

- Dahrendorf, R.: *Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht*, in: Matthes, J. (Hrsg.): *Krise der Arbeitsgesellschaft?*, Frankfurt/New York 1983
- Deeke, A.: *Industriesoziologie als Gestaltungswissenschaft?*, in: Fricke, W.; Peter, G.; Pöhler, W. (Hrsg.): *Beteiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen*, Köln 1982
- Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten: *Arbeit und Umwelt: Argumente in der Umweltdiskussion*, Wiesbaden 1983
- Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: *Bericht der Arbeitsgruppen „Energie und Umwelt“*, A.K.Z. III R 8881, 42.1, veröffentlicht in: *Auf dem Weg zur Naturwirtschaft*, Schorndorf 1984
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): *Wochenbericht 21/84: Ausbau der Fernwärmeversorgung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht*
- Dörr, G.; Klauthke, R.: *Gesundheitsinteresse und Industriearbeit — Aspekte der italienischen Arbeitermedizin*, Berlin 1980 (Veröffentlichungsreihe des Internationalen Instituts für vergleichende Gesellschaftsforschung, Wissenschaftszentrum Berlin)
- Duhm, R.; Hildebrandt, E.; Mückenberger, U.; Schmidt, E. (Hrsg.): *Wachstum alternativ*, Berlin 1983
- Dybowski, G.; Thomssen, W.: *Praxis und Weiterbildung*, Bremen 1982
- Dzielak, W.; Hindrichs, W.; Martens, H.: *Den Besitzstand sichern! Materialien zum Tarifkonflikt in der Metallindustrie Baden-Württembergs*, Frankfurt/New York 1979
- Eckart, Chr.; Herding, R.; Jaerisch, U.; Japp, K.; Kirchlechner, B.: *Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur marxischen Theorie 4*, Frankfurt 1975
- Einemann, E.: *Industriearbeiter in der Wirtschaftskrise. Zum Krisenbewußtsein von Werftarbeitern*, Universität Bremen 1982
- Einemann, E.; Lübbling, E.; Schürz, M.: *Ansatzpunkte einer Wirtschaftsstrukturpolitik für Bremen*, Universität Bremen 1981
- Einemann, E.; Lübbling, E.; Manske, F.; Schürz, M.: *Rationalisierung, Mikroelektronik und Humanisierung*, Universität Bremen 1982
- Einemann, E.; Lübbling, E.: *Belegschaftsinitiativen für eine alternative Produktion*, Universität Bremen 1983
- Einemann, E.; Lübbling, E.: *Politische Alternativen in London. Beispielhafte Ansätze einer mobilisierenden Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*, Universität Bremen, 1984 a
- Einemann, E.; Lübbling, E.: *Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung?*, Universität Bremen 1984 b
- Engels, F.: *Die wirklichen Ursachen der verhältnismäßigen Inaktivität der französischen Proletarier im vergangenen Dezember (21. Febr. 1852)*, in: *Marx-Engels-Werke*, Band 8, Berlin 1962 f
- Eppler, E.: *Wege aus der Gefahr*, Hamburg 1981
- Esser, J.; Fach, W.: *Gewerkschaften als Säule im 'Modell Deutschland'?*, in:

- Jacobi, O.; Schmidt, E.; Müller-Jentsch, W. (Hrsg.): *Moderne Zeiten — alte Rezepte, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81*, Berlin 1980
- Esser, J.; Fach, W.; Gierszewski, G.; Väth, W.: *Krisenregulierung — Mechanismen und Voraussetzungen*, in: *Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Jahrg. 7 (1979), Heft 1
- Esser, J.; Fach, W.; Väth, W.: *Strukturelle Arbeitslosigkeit und politisches Konfliktpotential — Die Krise der saarländischen Stahlindustrie*, in: *Prokla Heft 31*, 8. Jahrgang 1978, Nr. 2, Berlin 1978
- Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI): *Abrüstung und Umstellung der Rüstungsindustrie auf Friedensproduktion*, Brüssel 1983
- Fischer, J.; Ladewig, L.; Einemann, E.; Lübbling, E.: *Alternative Produktion statt Arbeitsplatzabbau und Aufrüstung*, Universität Bremen 1984
- Flatow, S. von; Huisken, F.: *Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates*, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 7, Berlin 1973
- Fricke, E.; Fricke, W.; Schönwälder, M.; Stiegler, B.: *Qualifikation und Beteiligung. „Das Peiner Modell“*. Frankfurt/New York 1981
- Fricke, W.; Peter, G.; Pöhler, W. (Hrsg.): *Beiteiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen*, Köln 1982
- Friedrichs, G.; Schaff, A. (Hrsg.): *Auf Gedeih und Verderb. Mikroelektronik und Gesellschaft. Bericht an den Club of Rom*, Wien 1982
- Fromm, E.: *Sein und Haben*, München 1979
- Funke, H.; Geißler, B.; Thoma, P. (Redaktion): *Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß*, Frankfurt/Köln 1974
- Garnreiter, F. u.a.: *Auswirkungen verstärkter Maßnahmen zum rationellen Energieeinsatz auf Umwelt, Beschäftigung und Einkommen*, Berlin 1983
- Gewos: *Bestandaufnahme zum Beschäftigungsprogramm Küste*, Hamburg 1984
- Gewos: *Der Ausbau von Fernwärmenetzen und seine Wirkungen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung*, Hamburg 1983
- Global Future: *Es ist Zeit zu Handeln*, Freiburg 1981
- Global 2000: *Der Bericht an den Präsidenten*, Frankfurt 1980
- Glötz, P.: *Die Arbeit der Zuspitzung*, Berlin 1984
- Görs, D.: *Zur politischen Kontroverse um den Bildungsurlaub*, Köln 1978
- Goldthorpe, J.H.; Lockwood, D.; Bechhofer, F.; Platt, J.: *Der „wohlhabende“ Arbeiter in England*, Bd. 1: Industrielles Verhalten und Gesellschaft, München 1970
- Gorz, A.: *Abschied vom Proletariat*, Frankfurt 1980
- Grabbe, H.: *Kritik der kritischen Freizeitpädagogik*, in: *Neue Praxis* 1/82, Neuwied 1982
- Granados, G.; Gurgsdies, E.: *Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie*, Bonn 1982
- Grauhan, R.R.: *Grenzen des Fortschritts?* München 1975
- Haak, D.: *Studie zur Energieeinsparung und Ölverdrängung durch den Ausbau der Fernwärme*, in: FR 2.6.1981

- Habermas, J.: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt 1973
- Habermas, J.: *Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit (1958)*, in Habermas, J.: *Arbeit, Erkenntnis, Fortschritt*, Amsterdam 1970
- Habermas, J.: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Darmstadt/Neuwied 1962
- Habermas, J.: *Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'*, Frankfurt 1968
- Habermas, J.: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt 1981
- Hansestadt Hamburg, Pressestelle: Senator Kuhbier, *Kostenstruktur der Energiewirtschaft ist eine Folge langjähriger energiepolitischer Entscheidungen*, 14.2.1984
- Hartmann, H.: *Armutsforschung in der Bundesrepublik*, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 11/83
- Hatzfeld, H.: *Wem gehört der Wärmemarkt?* in: Hatzfeld, H. u.a.: *Kohle-Konzepte einer umweltfreundlichen Nutzung*, Frankfurt 1982
- Hauchler, I.: *Defensive als Prinzip*, in: *Sozialismus* Nr. 11/84, Hamburg 1984
- Hauser, R. u.a.: *Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt 1981
- Hauff, V.; Scharpf, F.W.: *Modernisierung der Volkswirtschaft*, Frankfurt/Köln 1975
- Helfert, M.: *Indikatoren für Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik*, in: Vorstand der IG Metall, *Krise und Reform in der Industriegesellschaft*, Frankfurt/Köln 1976
- Hennicke, P.: *Möglichkeiten und Grenzen der Energieeinsparung im Rahmen regionaler Energiekonzepte*, WSI-Mitteilungen 11/83, Düsseldorf 1983
- Herkommer, S.: *Vom Elend der Industriesoziologie*, in: *Sozialistische Politik*, 4. Jahrgang, Nr. 16, 1972
- Herkommer, S.; Bischoff, J. u.a.: *Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften*, Hamburg 1979
- Herkommer, S.; Bischoff, J.; Maldaner, K.: *Alltag, Bewußtsein, Klassen*, Hamburg 1984
- Heseler, H.: *Technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation und Kapitalentwertung*, Frankfurt/New York 1980
- Heseler, H.; Ortlieb, F.: *Ökonomische Gründe für technische und arbeitsorganisatorische Veränderungen im Schiffsbau in der Bundesrepublik Deutschland*, Manuskript Bremen 1978
- Hildebrandt, E.: *Feuern ohne zu heuern. Betriebs- und Personalpolitik in der Krise am Beispiel der Automobilindustrie*, in: *Prokla-Heft* 26, 6. Jahrgang 1977, Nr 1, Berlin 1977
- Hildebrandt, E.; Penth, B.: *Der „Corporate Plan“ von Lucas Aerospace — eine englische Arbeiterinitiative*, Berlin 1982
- Hindrichs, W.: *Betriebsnahe gewerkschaftliche Bildungsarbeit*, in Görs, D. (Hrsg.): *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit*, München-Wien-Baltimore 1982
- Hindrichs, W.; Holzapfel, G.; Körber, K.; Thomssen, W.: *Bestandsaufnahme*

- der politischen Arbeiterbildung im Bildungsurlaub der Länder Bremen und Niedersachsen*, Universität Bremen 1984
- Hirsch, F.: *Die sozialen Grenzen des Wachstums*, Hamburg 1980
- Hoffmann, H. (Hrsg.): *Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik*, Frankfurt 1974
- Hopf, Chr.; Hopf, W.: *Gleichgültigkeit und Identifikation als Kategorien der Analyse von Klassenbewußtsein*, in: *Prokla-Heft 22*, 6. Jahrgang, 1976, Nr. 1, Berlin 1976
- Huber, J.: *Anders arbeiten — anders wirtschaften* Frankfurt 1979
- Huber, J.: *Die zwei Gesichter der Arbeit*, Frankfurt 1984
- Huffs Schmidt, J.: *Für den Frieden produzieren*, Köln 1981
- Huffs Schmidt, J.: *Rüstungs- oder Sozialstaat?*, Köln 1981
- Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e.V.: *Ifo-Schnelldienst 17-18/82*, München 1982
- IG Metall: *Arbeit für die Küste*. Papier der IG Metall-Bezirksleitung Hamburg für die beschäftigungspolitische Konferenz der IG Metall am 24. Jan. 1984 in Hamburg
- IG Metall: *„Maschinen wollen sie — uns Menschen nicht“*. *Rationalisierung der Metallwirtschaft*, Frankfurt 1983
- IG Metall (Hrsg.): *Werktage werden besser*, Köln 1977
- Illich, I.: *Fortschrittsmythen*, Reinbek 1983
- Jahoda, M.; Lazarsfeld, P.F.; Zeisel, H.: *Die Arbeitslosen von Mariental*, Frankfurt 1975 (Leipzig 1933)
- Jahoda, M.: *Wieviel Arbeit braucht der Mensch?* Weinheim/Basel 1983
- Jungsozialisten: *Die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren. Wirtschafts- und sozialpolitisches Grundsatzprogramm der Jungsozialisten*, in: *Sozialistische Tribüne*, Sonderausgabe 2, Bonn 1981
- Kalmbach, P.: *Beschäftigungssicherung durch „Modernisierung der Wirtschaft“?* in: Markmann, H.; Simmert, D.B. (Hrsg.): *Krise der Wirtschaftspolitik*, Köln 1978
- Kalmbach, P.; Kasiske, R.; Manske, F.; Mickler, O.; Pelull, W.; Wobbe, W.: *Bedingungen und soziale Folgen des Einsatzes von Industrierobotern*, Bremen 1980
- Karweina, G.: *Der Megawatt-Clan*, Hamburg 1981
- Karweina, G.: *Der Strom-Staat*, Hamburg 1984
- Katterle, S.; Krahn, K. (Hrsg.): *Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen*, Köln 1980
- Katterle, S.; Krahn, K. (Hrsg.): *Arbeitnehmer und Hochschulforschung*, Köln 1981
- Kern, H.; Schumann, M.: *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, Frankfurt 1970
- Kern, H.; Schumann, M.: *Zum politischen Verhaltenspotential der Arbeiterklasse*, in: Meschkat, K.; Negt, O. (Hrsg.): *Gesellschaftsstrukturen*, Frankfurt 1973
- Kern, H.; Schumann, M.: *Kurzbezeichnung des Vorhabens: Rationalisierung*

- und Arbeiterverhalten. Eine Folgestudie zu „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, Manuskript 1980
- Kern, H.; Schumann, M.: *Industriearbeit im Umbruch — Versuch einer Voraussage*, Manuskript des Vortrages auf dem 22. deutschen Soziologentag am 11.10.1984 in Dortmund
- Kern, H.; Schumann, M.: *Das Ende der Arbeitsteilung?* München 1984
- Klages, H.; Kmieciak, P. (Hrsg.): *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt/New York 1979
- Klauder, W.: *Zu den Arbeitsmarktauswirkungen unterschiedlicher Energiestrukturen*, in: MittA.B. 1/80, Nürnberg 1980
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften e.V., *Reihe Energie Nr. 4*, Brüssel 1979
- Krause, F.: *Daten und Fakten zur Energiewende, Technische Berichte zur Energiestudie*, Teile 1-5, Freiburg 1981
- Krüger, H.; Müller, W.: *So lernt man in der Gewerkschaft?* in: Brock, A.; Müller, H.D.; Negt, O. (Hrsg.): *Arbeiterbildung*, Reinbek 1978
- Kubach, N.; Mantz, R.; Wittemann, K.P.: *In den Fesseln der betrieblichen Krisenpolitik — Zur Krisenreaktion von Metallarbeitern*, in: *SOFI-Mitteilungen Nr. 10*, November 1984, Göttingen 1984
- Kuda, R.: *Tarifpolitik und Beschäftigungskrise*, in: *WSI-Mitteilungen Nr. 4/1980*, Köln 1980
- Kudera, W.; Mangold, W.; Ruff, K.; Schmidt, R.; Wentzke, Th.: *Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern*, Frankfurt 1979
- Küchle, H.; Jordan, R.: *Investitionsentwicklung und Krise 1974/75*, in: *WSI-Mitteilungen 12/77*
- Kuhbier, J.: *Ein regionales Energie- und Recycling-Konzept*, in: Einemann, E.; Lübbing, E.: *Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung?*, Bremen 1984
- Lees, R.; Smith, G.: *Action-Research in Community Development*, London 1975
- Lenin: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: *Lenin-Werke*, Bd. 22, Berlin 1960
- Leonhardt, W.: *Das örtliche Versorgungskonzept der Landeshauptstadt Saarbrücken 1980-1995*, in: *Energie und Umwelt 82*, VDI-Fachtagung, Saarbrücken 1983
- Leonhardt, W.: *Örtliches Versorgungskonzept Saarbrücken — Ein Modell für Bremen?* in: Einemann, E.; Lübbing, E.: *Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung?*, Bremen 1984
- Lichte, R.: *Betriebsalltag von Industriearbeitern*, Frankfurt 1978
- Löw-Beer, P.: *Industrie und Glück. Der Alternativplan von Lucas Aerospace*, Berlin 1981
- Lovins, A.B.: *Sanfte Energie*, Hamburg 1978
- Lukács, G.: *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Berlin 1923 (Nachdruck Amsterdam 1967)
- Lutz, B.; Schidt, G.: *Industriesoziologie*, in König, R.: *Handbuch der empiri-*

- schen Sozialforschung*, Bd. 8: Beruf, Industrie, Sozialer Wandel, Stuttgart 1977
- Mahnkopf, B.: *Das kulturtheoretische Defizit industriesoziologischer Forschung*, in: *Prokla-Heft 46*, 12. Jahrg. 1982, Nr. 1
- Maire, E.: *Arbeiterbewegung und Krisenideologie*, in: *Prokla*, 10. Jahrg. 1980, Nr. 4, Heft 41, Berlin 1980
- Markert, W.: *Abschied vom Klassenbewußtsein?* in: Görs, D. (Hrsg.): *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit*, München/Wien/Baltimore 1982
- Marstedt, G.; Mergner, O.: *Erfassung artikulierter Beanspruchung — Ein Weg aus theoretischen und methodischen Defiziten arbeits- und industriesoziologischer Belastungsforschung?* in: Schmidt, G.; Brazyk, H.-J.; Knesebeck, J.: *Materialien zur Industriosozologie*, Sonderheft 24/1982 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1982
- Marx, K.: *Das Kapital*, Marx-Engels-Werke, Bd. 23-25, Berlin 1962 f
- Marx, K.; Engels, F.: *Revue. Mai-Okt. 1950*, in Marx-Engels-Werke, Bd. 7, Berlin 1962 f
- Matthöfer, H.: *Vorschläge zur Verbesserung der Bildungsarbeit der IG Metall*, Papier der Abteilung Bildungswesen beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt 1961
- Matthöfer, H.: *Vorschläge zur Verbesserung der Bildungsarbeit der IG Metall*, Papier der Abteilung Bildungswesen beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt 1965
- Mayr, H.; Janßen, H. (Hrsg.): *Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung*, Köln 1984
- McRobie, G.: *Small is possible*, London 1981
- Meadows, D.; Meadows, D.; Zahn, E.; Milling, P.: *Die Grenzen des Wachstums*, Stuttgart 1972
- Memorandum 82: *Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung — Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik*, Köln 1983
- Mendius, H.-G.; Sengenberger, W.; Lutz, B.; Altmann, N.; Böhle, F.; Asendorf-Krings, I.; Drexel, I.; Nuber, Chr.: *Betrieb — Arbeitsmarkt — Qualifikation I*, Frankfurt 1976
- Meyer-Abich u.a.: *Energie-Sparen: Die neue Energiequelle*, Frankfurt 1983
- Michelsen, G. (Hrsg.): *Der Fischer-Öko-Almanach 84/85*, Frankfurt 1984
- Mickler, O.: *Facharbeit im Wandel. Rationalisierung im industriellen Produktionsprozeß*, Frankfurt/New York 1981
- Mickler, O.; Dittrich, E.; Neumann, U.: *Technik, Arbeitsorganisation und Arbeit*, Frankfurt 1976
- Mickler, O.; Mohr, W.; Kadritzke, U.: *Produktion und Qualifikation — Hauptstudie*, Band I und II, Göttingen 1977
- Miliband, R.: *Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft*, Frankfurt 1972
- Müller, H.D. u.a.: „Live“ dabei, wenn es vor der Haustür spannend wird. Das „vierte Programm“: Fernsehen selber machen — nicht nur in die Röh-

- re gucken*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 29.3.1980
- Müller, K.R.: ...*da könnt ihr garnichts machen! EDV und Rationalisierung in einem Betrieb*. Eine Fallstudie, Stuttgart 1981
- Müller-Jentsch, W.: *Streiks und Streikbewegung in der Bundesrepublik 1950-1978*, in: Bergmann, J. (Hrsg.): *Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften*, Frankfurt 1979
- Nauck, B.: *Konkurrierende Freizeitdefinition und ihre Auswirkungen auf die Forschungspraxis der Freizeitsoziologie*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1983, 274 ff
- Negt, O.: *Marxismus und Arbeiterbildung — Kritische Anmerkung zu meinen Kritikern*, in: Brock, A.; Müller, H.D.; Negt, O. (Hrsg.): *Arbeiterbildung*, Reinbek 1978
- Negt, O.: *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen*, Frankfurt 1975
- Negt, O.; Kluge, A.: *Öffentlichkeit und Erfahrung*, Frankfurt 1972
- Negt, O.: *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit*, Frankfurt 1984
- Novy, K.: *Strategien der Sozialisierung*, Frankfurt/New York 1978
- Novy, K.: *Vorwärts oder rückwärts?* in Benseler, F.; Heinze, R.G.; Klönne, A. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- O'Connor, J.: *Die Finanzkrise des Staates*, Frankfurt 1974
- OECD-Report: *Die Zukunftschancen der Industrienationen*, Frankfurt/New York 1981
- Öko-Institut: *Energieversorgung der Bundesrepublik ohne Kernenergie und Erdöl*, Freiburg 1982, 6. Auflage
- Oertzen, P. von: *Für einen neuen Reformismus*, Hamburg 1984
- Offe, C.: *Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme*, in: Kress, G.; Senghaas, D. (Hrsg.): *Politwissenschaft*, Frankfurt 1969
- Offe, C.: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt 1972
- Offe, C.; Hinrichs, K.; Wiesenthal, H. (Hrsg.): *Arbeitszeitpolitik, Formen und Folgen einer Neuverteilung der Arbeitszeit*, Frankfurt/New York 1982
- Ohne Angabe: *The Association for the Conservation of Energy: Jobs and Energy Conservation*, February 1983, London
- Opaschowski, H.W.: *Arbeit — Freizeit — Lebenssinn?* Opladen 1983
- Osterland, M.: *Innerbetriebliche Arbeitssituation und außerbetriebliche Lebensweise von Industriearbeitern*, in: Osterland, M. (Hrsg.): *Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential*, Frankfurt/Köln 1975
- Palme-Bericht: *Bericht der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit*, Berlin 1982
- P.C.I. (Partito Comunista Italiano): *Der kommunistische Vorschlag, Entwurf eines Programms zur Umgestaltung Italiens*, Hamburg 1978
- Pöhler, W. (Hrsg.): *...damit die Arbeit menschlicher wird. Fünf Jahre Aktionsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens*, Bonn 1979
- Pösel, A.: *Werkbericht zum Wärmeversorgungskonzept*, Bremen 1983

- Popitz, H.; Bahrtdt, H.P.; Jüres, E.A.; Kesting, H.: *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters*, Tübingen 1957
- Poulantzas, N.: *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt 1974
- Prinz, W.: *Das Flensburger Energiekonzept*, in: *Fernwärme international*, Sonderdruck Nr. 31 17
- Prinz, W.: *Das Modell Flensburg*, in: Hatzfeld, H. u.a. (Hrsg.): *Kohle-Konzepte einer umweltfreundlichen Nutzung*, Frankfurt 1982
- Projekt Klassenanalyse: *Zur Taktik der proletarischen Partei*, Berlin 1972 (a)
- Projekt Klassenanalyse: *Klassenbewußtsein und Partei*, Berlin 1972 (b)
- Projekt Klassenanalyse: *Leninismus — Neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?* Berlin 1972 (c)
- Projekt Klassenanalyse: *Materialien zur Klassenstruktur der BRD*, Bd. 1 und 2, Berlin 1973 und 1974
- Projekt Klassenanalyse: *Gesamtreproduktionsprozeß der BRD 1950-1975*, Berlin 1976
- Projektgruppe Automation und Qualifikation: *Automation in der BRD*, Berlin 1975
- Prokla: *Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik*, Heft Nr. 36, (9. Jahrgang 1979, Nr. 3): *Krise des Marxismus?* Berlin 1979
- Quaderni Rossi: *Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion*, München 1972
- Raschke, J.: *Innerparteiliche Opposition*, Hamburg 1974
- Redaktion der Prokla: *'Modell Deutschland' — Anatomie und Alternativen*, in: *Prokla-Heft 40*, 10. Jahrgang 1980, Nr. 3, Berlin 1980
- Redaktionskollektiv Klassenanalyse: *Notizen zur Klassenanalyse der BRD durch das Projekt Klassenanalyse*, in: *Prokla 17/18*, 5. Jahrgang, Nr. 1/75, Berlin 1975
- Reich, W.: *Massenpsychologie des Faschismus*, o.O.1933
- Riegert, B.: *Gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekte der energiepolitischen Positionen des DGB*, in: *Sozialer Fortschritt* 12/80
- Rinderspacher, J.: *Gesellschaft ohne Zeit?* in: Benseler, F.; Heinze, R.G.; Klönne, A. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- Rodberg, L.S.: *Beschäftigungswirkungen beim Übergang zu einer alternativen Energiestruktur*, in *MittA.B.* 1/80, Nürnberg 1980
- Rolff, H.G.; Baer, U.; Hänsel, D.; Heidenreich, F.; Lotz, H.; Neander, J.; Nyssen, E.; Tillmann, K.-J.: *Strategisches Lernen in der Gesamtschule*, Reinbek 1974
- Sackers, R.: *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit in der 'Krise'*, Diplomarbeit im integrierten Studiengang Wirtschaftswissenschaften der Gesamthochschule Wuppertal, Wuppertal 1981
- Scheuch, E.K.: *Soziologie der Freizeit*, in: König, R. (Hrsg.): *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Band 11, Stuttgart 1977
- Schmors, U.: *Wir wollen sichere Arbeitsplätze und sinnvolle Arbeit*, in: Berger, J.; Müller, J.; Priem, R.; (Redaktion): *Kongreß Zukunft der Ar*

- beit, Materialband, Bielefeld 1982
- Schütt, B.: *Die Suche nach sicheren Arbeitsplätzen und sinnvoller Arbeit*, in: *Die Mitbestimmung*, 28. Jahrgang, Nr. 12/82, Düsseldorf 1982
- Schumacher, E.F.: *Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik. „Small is beautiful“*, Reinbek 1977
- Schumann, M.: *Zum Krisenbewußtsein der Arbeiter*, in: *Probleme des Klassenkampfes* Nr. 53/1983 13. Jahrgang 1983 Nr. 4, Berlin 1983
- Schumann, M.; Einemann, E.; Siebel-Rebell, Chr.; Wittemann, K.P.: *Rationalisierung, Krise, Arbeiter*, Frankfurt 1982
- Schumann, M.; Einemann, E.; Siebel-Rebell, Chr.; Wittemann, K.P.: *Der wohlbegründete arbeitspolitische Konservatismus der Arbeiter*, in: *Materialien zur politischen Bildung* Nr. 3/1982, Leverkusen 1982 b
- Schumann, M.; Gerlach, F.; Gschlößel, A.; Milhofer, P.: *Am Beispiel der Septemberstreiks — Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse?* Frankfurt 1971
- Seyfried, K.H.: *Lange Leitung*, Capital 4/84
- Siebert, H. (Hrsg.): *Bildungsurlaub — Eine Zwischenbilanz*, Düsseldorf
- Sinus-Studie: *5 Millionen Deutsche: „Wir wollen wieder einen Führer haben...“*, Reinbek 1981
- Spiegel-Verlagsreihe „Märkte im Wandel“, Bd. 11: *Freizeitverhalten*, Hamburg 1983
- Spielhofer, L.: *Am Stromverbrauch zügig vorbeigeschätzt*, FR vom 12.10.1983
- Spitzley, H.: *Energiesparen als Beschäftigungspolitik*, Berlin 1983
- Stadtwerke Bremen AG: *Geschäftsberichte*, verschiedene Jahrgänge
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport*, Bonn 1983
- Strasser, J.: *Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise*, Köln/Frankfurt 1979
- Strasser, J.; Traube, K.: *Die Zukunft des Fortschritts*, Bonn 1981
- Ströbele, W.: *Zehn Jahre nach der Ölpreiskrise*, in: *WSI-Mitteilungen* 11/83, Köln 1983
- Technologieberatungsstelle beim DGB-Landesbezirk NRW: *Technik und Gesellschaft*, Heft 3; *Wirbelschichtbefeuerung, Kohlevorrangspolitik in sauberer Umwelt*, Oberhausen 1984
- Teriet, B.: *Die Wiedergewinnung der Zeitsouveränität*, in: Duve, F. (Hrsg.): *Technologie und Politik*, Band 8, Reinbek 1977
- Traube, K.: *Drei neue Atomkraftwerke pro Jahr?* Spiegel Nr. 49/81, Hamburg 1981
- Traube, K.; Ullrich, O.: *Billiger Atomstrom?* Reinbek 1982
- Uhlmann, L.; Huber, G.: *Technischer und struktureller Wandel in der wachsenden Wirtschaft*, Frankfurt 1971
- Ullrich, O.: *Warum keiner auf den sanften Weg gehen will*, Frankfurter Rundschau vom 17.4.1984
- Ullrich, O.: *Technik und Herrschaft*, Frankfurt 1979
- Viefhues, D.: *Zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit von Techniken der Energieversorgung*, Öko-Mitteilungen 2/84

- Viefhues, D. u.a.: *Zur Wirtschaftlichkeit der Atomenergie*, Öko-Mitteilungen 2/82
- Volmberg, B.; Senghaas-Knobloch, E.; Leithäuser, Th.; *Erlebnisperspektiven und Humanisierungsbarrieren im Betrieb*, Bremen 1983
- Vonderach, G.: *Eigeninitiativen — Beginn einer „kulturellen Mutation“?* in: Benseler, F.; Heinze, R.G.; Klönne, A. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- Wainwright, H.; Elliot, D.: *The Lucas Plan*, London/New York 1982
- Wallraff, G.: *Industriereportagen. Als Arbeiter in deutschen Großbetrieben*, Reinbeck 1970
- Ward, M.: *Job Creation by the Council*, IWS Pamphlet No. 78, Nottingham 1981
- Weizenbaum, J.: *Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft*, Frankfurt 1977
- Wellmann, Ch.: *Lucas Aerospace: Eine Alternativ-Planstrategie zwischen Mythos und Realität*, Berlin 1982
- Welsch, J.: *Erfolgsvoraussetzungen wirtschaftspolitischer Alternativkonzepte*, in: Meißner, W.; Kosta, J.; Welsch, J. (Hrsg.): *Für eine ökonomische Reformpolitik*, Frankfurt 1981
- Wintersberger, H.: *Arbeitsmedizin in Italien*, Wien 1981 (Veröffentlichungsreihe des intern. Instituts für vergleichende Gesellschaftsforschung, Wissenschaftszentrum, Berlin)
- WSI-Mitteilungen Nr. 9/84*, Köln 1984
- Zeuner, B.: „Solidarität“ mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften, in: *Prokla-Heft 26*, 6. Jahrgang, 1976, Nr. 1, Berlin 1977
- Zinn, K.G.: *Investitionslenkung und gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung*, in: (Hrsg.): Meißner, W.; Kosta, J.; Welsch, J.: *Für eine ökonomische Reformpolitik*, Frankfurt 1981
- Zoll, R. (Hrsg.): *Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise*, Köln 1981
- Zoll, R.; Braune, H.H.; Bents, H.; Geissler, B.; Neumann, E.; Volz, R.: *Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise*, Zwischenbericht 1980/81, in: *Universität Bremen, Forschungsschwerpunkt: Reproduktionsrisiken, Soziale Bewegungen und Sozialpolitik*, Zwischenbericht, Nov. 1980
- Zoll, R. (Hrsg.): *Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!* Köln 1984
- Zoll, R. (Hrsg.): *Hauptsache, ich habe meine Arbeit*, Frankfurt 1984